

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1925

5.2.1925 (No. 36)

Badischer Beobachter

Erscheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familienrat“, „Kunst und Witz“, „Frauenratgeber“ und „Stern und Blumen“. Schluss der Anzeigenannahme: nachm. halb 6 Uhr. — Postfach 4844. — Postleitzahl 684. — Fernr.: Geschäftsstelle 535, Redaktion 572. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreis: monatlich durch Läger M. 2.30 (bei der Abholstelle in Karlsruhe M. 2.20), wöchentlich Einzelnummer 10 Pf., Sonntags 15 Pf. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf der Monatschluß erfolgen. Anzeigenpreis: 1 Spalte, 1 mm hoch, 8 Pf., im Restenteil 25 Pf. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pf. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Abatt, bei langwieriger Betreibung und bei Konkurs wegfällig.

Der künftige Finanzausgleich.

Konferenz der Finanzminister der Länder.

Berlin, 4. Febr. Im Reichsfinanzministerium trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers von Schlieffen eine Konferenz der Finanzminister der Länder zusammen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen stellte der Reichsfinanzminister den Zweck seiner Einladung wie folgt dar:

Es wäre Uebereinstimmung zu erzielen über den künftigen Finanzausgleich und damit über die Grundlagen, auf denen Reich, Länder und Gemeinden ihre Finanzwirtschaft nicht nur im nächsten Haushaltsjahr, sondern auf lange Zeit hinaus aufbauen könnten. Mit einer vorübergehenden Lösung der Fragen des Finanzausgleichs sei heute niemandem gedient. Die Vorkriegshaushalte bildeten die einzige Schätzungsgrundlage. Die Unmöglichkeit, aus den Inflationsverhältnissen heraus einen Finanzausgleich endgültig zu regeln, geht schon aus der Novelle zum Landessteuergesetz vom Juni 1923 hervor. Es ist höchste Zeit, daß über den künftigen Finanzausgleich beraten wird. Allerdings bestehen in wirtschaftlicher Hinsicht noch gewisse Ungewissheiten fort. Wenn daher die gegenwärtige Wirtschaftslage Berücksichtigung in den steuerlichen Anforderungen notwendig macht, und wenn die Steuererträge noch hinter den Erwartungen zurückbleiben, die bei dem gebotenen schonenden steuerlichen Vorgehen gegenwärtig begründet erscheint, so sind sowohl das Reich als auch die Länder vor die Aufgabe gestellt, ihren Bedarf auf das Maß zu beschränken, das dem vermindernden Steueraufkommen entspricht. Der neue Finanzausgleich soll also lediglich die Verhältnisse an den Steueraufkommen bemessen, wie es der Aufgabenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden entspricht. Der Finanzausgleich ist ein Verteilungsproblem. Es ist gleich, ob das Reich die letzte Steuererhebung selbst erhebt und den Ländern und Gemeinden überweist oder ob das Reich sie den Ländern zur Ausnutzung in Form von Zuschlägen überläßt. Den Ländern soll aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer und der Kennwertsteuer ein Betrag von etwa 1875 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Zu dieser Summe treten etwa 3000 Millionen eigene Steuern der Länder und Gemeinden und etwa 650 Millionen Ueberträge der Betriebsverwaltungen. In dem Gesamtbetrag von 3000 Millionen eigene Steuern der Länder und Gemeinden sind die Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb mit zusammen 1666 Millionen Mark eingestellt. Als Gesamtdeckung wird also ein Betrag von 5527 Millionen Mark errechnet. Diese Gesamtdeckung übersteigt den Bedarf der Länder und Gemeinden um 207 Millionen. Eine mindestens ebenso hohe Reserve liegt in der Schätzung des Be-

darfs der Länder und Gemeinden. Die Erhöhung des Zuschußbedarfes gegen 1914 kommt nicht allein in den 45 und 50 Prozent zum Ausdruck, um die der größte Zuschußbedarf den von 1914 übersteigt, sondern auch in dem gegen 1914 verringerten Zinsendienst, soweit er aus dem Originalium der Hoheitsverwaltung bestritten wurde. Der Finanzminister ist der Meinung, daß der Zuschußbedarf der Länder mit 145 Prozent des Zuschußbedarfes im Jahre 1914 überdeckt ist; ebenso ist der Zuschußbedarf der Gemeinden mit 150 Prozent des von 1914 zu hoch angenommenen und darf bei einiger Zurückhaltung in den Ausgaben diese Höhe nicht erreichen. Zahlreiche Gemeinden aller Länder entfallen auf dem Gebiete der Personal- und Besoldungspolitik und der Verwaltung einen Aufwand, der mit der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage nicht in Einklang zu bringen ist. Wenn der vorliegende Gesetzentwurf die Verlängerung der Geltungsdauer des Besoldungssperregesetzes um weitere zwei Jahre vorsieht, so ist dafür gerade der Gesichtspunkt wirklicher Beeinflussung der Finanzpolitik der Gemeinden maßgebend. Eine Verteilung scheint in der Weise angebracht, daß das Reich an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer mit 33 1/2 Prozent, an der Umsatzsteuer mit 70 Prozent, die Länder und Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 66 2/3 und an der Umsatzsteuer mit 30 Prozent beteiligt werden. Die Forderung des Zuschlagrechtes der Länder und Gemeinden zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer entspricht sowohl einem politischen als auch einem finanz- und steuerpolitischen Bedürfnis. Die Zuschläge der Gemeinden werden tragbar bleiben müssen und von den Reichseinkommensteuer- und Reichskörperschaftsteuererträgen kaum abdecken.

Zum Schluß seiner Ausführungen spricht der Finanzminister die Hoffnung aus, daß auch bei der weiteren Erörterung des Finanzausgleichs die Frage des Zuschußbedarfes der Länder und Gemeinden von den Fragen auseinandergehalten wird, die sich auf das Maß und die Form der Verteilung an Reichssteuern, insbesondere die Zuschläge zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer beziehen.

Eine Entschlebung der Konferenz.

(Eigener Drahtbericht.)
J. H. Berlin, 4. Febr.
Die Konferenz der Finanzminister der Länder hat heute eine Entschlebung gefaßt, in der u. a. in vollem Umfang die Rückgabe der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer an die Länder gefordert wird. Reichsfinanzminister von Schlieffen hat daraufhin der Finanzministerkonferenz erklärt, daß diesem Verlangen in absehbarer Zeit nicht entsprochen werden könne. Die Regelung dieser Frage stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage der Aufwertung der Steuerreform und des Finanzausgleichs.

Sozialpolitische Reichstags-Debatte.

Deutscher Reichstag.

Mittwochssitzung.

Berlin, 4. Februar 1925.

Im Regierungstisch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. — Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr. Das Abkommen mit Polen über die Benutzung von Baulichkeiten in dem Dorfe Kurzebrad im Kreise Marienwerder durch Polen wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Abg. Schulz-Drumberg (Dn.) kündigt dabei für die dritte Lesung scharfe Beschlüsse an. Die Verhältnisse in den Grenzgebieten bedürfen dringend der Besserung. Die polnische Grenzbesetzung gehe ohne Recht in unerhörter Weise und aus reiner Willkür gegen die friedliche deutsche Bevölkerung vor. Dieses Abkommen sei das Schlußglied einer Kette von vertragswidrigen Festsetzungen der Weichselgrenze, die entgegen einem feierlichen Abkommen Dittberns der freie Zugang zur Weichsel genommen werde. Darauf wird die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans beim Reichsarbeitsministerium

Ministerien geleistet werde. Die Sozialpolitik könne nur durch Einbringen demokratischer Gedanken gesichert werden. (Lachen rechts.) Die Schlagen der Vorzugszeit müßten befristet werden. Aber nicht nur die Ministerien, sondern auch die Arbeitgeber und Nehmer brauchen einen neuen Geist in der Sozialpolitik. Die Arbeitslosenversicherung müsse endlich fertiggestellt werden. Erschütternd sei in den Kreisen der Arbeitslosen der Schrei nach Arbeit. Dringend notwendig seien Reformen in der Angelegenheit und Unfallversicherung. Die Frage der Arbeitszeit sei eine Kulturangelegenheit.

Ein Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung schildert die schwere wirtschaftliche Lage des Mittelstandes und fordert nachdrückliche Hilfe für Gewerbe und Handel.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vpt.) dankt der Regierung für ihre sozialpolitischen Erklärungen. Das Verbleiben des Arbeitsministers auf seinem Posten sei eine Gewähr für eine beständige Fortentwicklung der sozialen Verhältnisse. In der Unfallversicherung müßten die berechtigten Forderungen der Rentempfangen und Hinterbliebenen endlich durch Schaffung organischer Reformen berücksichtigt werden.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) bezeichnet als notwendig, das Ministerium aus der Arbeiterchaft wieder herauszubringen; nur dann könnten wir wirtschaftlich und sozial wieder vorwärts kommen. In den Handels- und Gewerbeammern

seien die Arbeiter leider nicht vertreten. Hier seien die Unternehmer allein Herren. Der Redner verlangt die gründliche Prüfung des Gedankens eines Arbeitsdienstjahres, das die innere Kolonisation erheblich fördern würde. In der Parthie habe man den Personalabbau mit unglaublicher Brutalität durchgeführt.

Darauf nimmt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns das Wort und gibt einen Überblick über die Tätigkeit seines Amtes. Er erinnert an seine Rede im Haushaltsauschuß und lehnt es ab, sich über Dinge zu äußern, die noch im Stadium der theoretischen Erwägungen stehen. Schöne Reden bringen kein praktisches Ergebnis für die sozialen Notstände, für uns sei praktische Arbeit das allein Gegebene. Es sei ein wesentlicher Erfolg, wenn schon kurz nach dem Zusammenbruch unsere Soz. Arbeitsversicherung auf festen Füßen stand. Nach Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes werde man überall wieder die Friedensleistungen erreicht haben. Die Reichsregierung werde eine planmäßige und zusammenfassende Gestaltung der Sozialversicherung nicht aus den Augen verlieren. Es sei aber eine gefühlige Atempause notwendig. Der Minister spricht sich für eine haltige, endgültige Schaffung der Arbeitslosenversicherung aus. Selbstverständlich könne auch hier nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden. Die Leistungen der Gewerkschaften hätten sich seit Jahresanfang um rund 100 Prozent gehoben.

Der Minister beschäftigt sich dann mit der Frage der Arbeitszeit. Die Rettung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik erfordere die Reichsregierung keineswegs in verlängerter Arbeitszeit und vertäglichen Löhnen. Die Mehrheit der deutschen Unternehmer werde auch nicht so kurzfristig sein, zu glauben, daß sie mit solchen Mitteln ihren Platz auf dem Weltmarkt behaupten könne. Die Verlängerung der Arbeitszeit sei nur ein Hilfsmittel in der Zeit der Not. Völlig falsch sei die Behauptung, daß Anweisungen für Niedrighaltung der Löhne gegeben worden sei. Der Minister bedauert, daß sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber immer allzusehr auf die Verbindlichkeitsverhältnisse einstellen und dem Reichsarbeitsministerium die Verantwortung zuschieben. Zu begrüßen wäre es, wenn die Beteiligten eigene, private Schlichtungsstellen schaffen würden. Voraussetzung dafür aber sei eine wahre Arbeitsgemeinschaft. Gegen ungelunbe Preisentwertung sei das Arbeitsministerium stets eingeschritten, die Reichsregierung sei aber nicht verantwortlich, wenn die geltenden Bestimmungen von den Ländern nicht scharf durchgeführt werden. Auch wenn die Justiz bei der Wucherbekämpfung verlage, so sei dies nicht die Schuld des Reiches und des Reichsarbeitsministeriums. In der Frage des Washingtoner Uebereinkommens sei der Standpunkt der Regierung bekannt. Deutschland beabsichtige keineswegs ein Vorgehen, das als soziales Dumping bezeichnet werden könne. Aber auf die besonderen Verhältnisse müsse Rücksicht genommen werden.

Abg. Lönn (Dn.) fordert Sicherung des arbeitsfreien Sonntags. Die Uebernahme der Vicumlasten durch die rheinisch-westfälische Industrie bezeichne die Redner als eine Grobthat. Nur durch die Verlängerung der Arbeitszeit sei dort die Wiedereröffnung der Betriebe möglich gewesen. Die Industrie habe durch die Marktabstufung und die Vicumlasten einen großen Teil ihrer Substanz verloren.

Abg. Dismann (Soz.) erklärt, seine Partei werde nicht ruhen und rasten, bis sie den Achtstundentag wieder erobert habe.

Damit schließt die Generaldebatte. — Das Haus verlegt sich auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung und Finanzverwaltung. — Schluß 8 Uhr.

Die preussische Krise.

Statt Braun Horion?

(Eigener Drahtbericht.)
J. H. Berlin, 4. Febr. Die Frage der Regierungsbildung in Preußen ist noch immer nicht geklärt. Zwar hat heute das Zentrum eine Fraktionslösung abgehalten, in der jedoch keine Beschlüsse gefaßt wurden. Gleichzeitig hielt auch der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei im Landtag eine Sitzung ab, die aber auch ergebnislos verlief. Die Entscheidung liegt nun zunächst bei der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die am Donnerstag um 12 Uhr mittags, zusammentreten wird, um die letzte Anfrage des preussischen Ministerpräsidenten zu beantworten, nämlich ob die Deutsche Volkspartei gewillt ist, gegenüber einem unter der Führung Brauns stehenden Kabinett aus Zentrum, Demokaten und Sozialdemokraten Neutralität zu üben. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer morgigen Fraktionslösung sich gegen eine solche Neutralität entscheiden wird. Was dann weiter wird, ist im Augenblick noch nicht zu ersehen. Wahrscheinlich wird der preussische Ministerpräsident Braun nach der abschlägigen Antwort der Deutschen Volkspartei seinen Auftrag wieder an den Landtag zurückgeben. Man rechnet damit,

daß dann die Neuwahl des Ministerpräsidenten auf den dem Zentrum angehörenden Landeshauptmann der Rheinprovinz Horion fallen wird. Natürlich wird auch für ein Kabinett Horion die Deutsche Volkspartei ihre Unterstützung nicht geben, wenn dieses Kabinett sich lediglich auf Zentrum, Demokaten und Sozialdemokraten stützen würde. Man nimmt an, daß die Bemühungen Horions zunächst darauf abzielen werden, außer diesen Parteien auch die Wirtschaftspartei zu gewinnen und eventuell auch die Deutsche Volkspartei. Falls diese Bemühungen zur Bildung eines reinen parlamentarischen Kabinetts scheitern würden, käme nur noch der Ausweg eines sogenannten Beamtenkabinetts in Frage unter der Führung Horions. Ob es dazu kommen wird, ist jedoch im Augenblick noch nicht sicher. Die Dinge sind noch zu wenig spruchreif.

Eine deutsche Antwortnote zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich.

Paris, 4. Febr. Staatssekretär Trendelenburg ist gestern nachmittag in Paris angekommen, um nach den in Berlin erhaltenen neuen Instruktionen die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich fortzuführen. Am Nachmittag fand eine interne Sitzung der deutschen Wirtschaftsabordnung statt, in der eine den Franzosen zu überreichende Note ausgearbeitet wurde. Die Note wurde abends 8 Uhr im französischen Handelsministerium überreicht. Die „Information“ berichtet über den Inhalt der Note folgendes:

Deutschland verlangt erneut, daß eventuelle Vergünstigungen, wie sie für die Dauer eines Monats eingeräumt würden, auch für einen endgültigen Handelsvertrag gelten. Staatssekretär Trendelenburg ist von der deutschen Regierung angewiesen worden, beide Fragen miteinander zu verknüpfen.

Demgegenüber kann nach Auskünften aus unterrichteten Kreisen gesagt werden, daß auf deutscher Seite keineswegs versucht wird, die angebotenen Zugeständnisse für die Uebergangszeit mit den für die endgültigen Handelsvertragsverhandlungen zu erwartenden Bedingungen zu verknüpfen. Das Gegenteil ist richtig. Während man für die Uebergangszeit, die nach Auffassung maßgebender französischer Kreise bis zum 1. Dezember bemessen wird, bedeutende Zugeständnisse von deutscher Seite beanprucht, so vor allem im Hinblick auf eine Besserstellung Deutschlands in den Zollfragen, erwartet man auf deutscher Seite für eine Reihe wichtiger Kategorien für den endgültigen Handelsvertrag eine gerechte Gleichstellung Deutschlands mit allen übrigen Staaten, mit denen Frankreich Handelsverträge abschließt, als de facto die Meistbegünstigung, die Frankreich nach seinen Gesetzen de jure nicht geben kann.

Der griechisch-türkische Konflikt

Kriegsrat in Athen.

Athen, 4. Febr. Heute fand eine große Militärberatung in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers, sowie des Generalstabschefs statt, in der große Rüstungskäufe beschlossen wurden. In ausländische Firmen werden bedeutende Lieferungsbestellungen für Artillerie und Ausrüstungen aller Art erteilt worden.

Die Türkei bleibt fest.

Konstantinopel, 4. Febr. Wie aus Angora gemeldet wird, erklärte der Minister des Äußeren Pressevertretern, die Türkei lehne es ab, auf kriegerische Herausforderungen einzugehen. Sie verlange jedoch für sich vollkommene Bewegungsfreiheit. Die Regierung in Angora wird zunächst das Verlangen des griechischen Gesandten, die Entscheidung über die Ausweisung des ökonomischen Patriarchen vor den Saager Schiedsgerichtshof zu bringen, als überflüssig zurückweisen. In der gesamten Presse wird die Haltung der Regierung gebilligt.

Die Blätter berichten, daß der Pariser türkische Botschafter gestern den ihm vom Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Oran, Larrache, übermittelten Vorschlag der französischen Regierung, den türkisch-griechischen Konflikt dem Völkerbunde zu überweisen, abgelehnt habe.

he
ste
mit 268
er Angebote!
Reste
sonders billig
EL
Kronenstrasse
Stoffen
Stoffen
äußern
H.
Kleider, Schuhe
fortwährend
berg, An-u. Ver-
Zähringerstr. 28.
cherer
mpfiehl
Badöl
1.30
Weizen-
Wehl 0
1.13
Schweine-
Schmalz
rein amerik.
93 Pfg.
ocosselt
64 Pfg.
argarine
50 Pfg.
elbutter
2.-
2.20
amburger
80 Pfg.
rbien
19 Pfg.
insen
mittlere
42 Pfg.
insen
große
50 Pfg.
ohnen
weiß
28 Pfg.
cherer
ämtlichen
italien.
280

Die Barmat-Kutischer-Affäre.

Berlin, 4. Febr. Der Landtagsausschuß zur Untersuchung der Kreditgeschäfte der Seehandlung mit ausländischen Konzernen setzte heute nachmittags seine Beratungen fort. Zunächst wurde ein deutsch-nationaler Antrag, sämtliche ausfahrenden Persönlichkeiten als Zeugen zu vernehmen und sie darauf hinzuwirken, daß ihre Aussagen gegebenenfalls bereitwillig werden können, nach kurzer Ausdrucksabgelehnt.

Erzleuz v. Dombois, der bis 1. April 1924 Präsident der Seehandlung war, sagte aus, der erste Kredit an Julius Barmat sei ihm gegeben worden, nachdem er von dem Sachbearbeiter erfahren hatte, daß der Kredit durch Wareneinsatz gedeckt war. Außerdem sei noch ein Depotsdepot in Höhe der Hälfte der Kreditsumme vorhanden gewesen. Er gab dann eine ausführliche Darstellung der Tätigkeit der damaligen Referenten für die Zuckerkredite, Dr. Mühe, der Staatsbank wäre es trotz der wiederholten Vorwürfe Dr. Mühes nicht eingeleitet, auf das Kanauer Lager neues Geld zu geben. Das Lager sollte nur als Zuckerdampfer für die bisherigen Forderungen gelten. Die Frage des Wertes des Kanauer war damals aus diesem Grunde auch nicht von großer praktischer Bedeutung. Erst als die Deckung für den bereits genehenen Kredit nicht mehr ausreichte, sei der Wert des Kanauer für die Staatsbank bedeutungsvoll geworden. Auf diese Verwendung sei auch die Revue Hellwigs nach Paris zurückzuführen. Daß außer dem Lombardkonto von Mühe große Wechselkredite gegeben worden seien, sei ihm nicht bekannt gewesen.

Auf die Frage des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Dr. Leibig, erklärte v. Dombois, daß die Bestimmung der Grundzüge und Direktiven für die Geld- und Zinspolitik der Seehandlung von der Generaldirektion und dem Präsidenten vorgenommen worden wäre. Die Billigung der einzelnen Kredite an die Kunden sei von jeher durch Mitglieder der Direktion erfolgt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Kuttner stellte die Frage, ob Herr v. Dombois etwas über die Mitwirkung der Herren Dr. Mühe und Hellwig bei einem Schiedsspruch in der Angelegenheit Michael-Kutischer bekannt sei und ob die genannten Herren dafür ein amtliches Honorar erhalten hätten. Der Abgeordnete fragte weiter, ob v. Dombois etwas davon wisse, daß Hellwig am 24. Januar die Barmatkredite auf vier Millionen bis zum 16. Februar festgesetzt habe und ob die Kredite von 9,6 Millionen bis zum 29. Februar genehmigt worden seien.

v. Dombois gab zu, daß Mühe und Hellwig bei dem Schiedsspruch mitgewirkt hätten, er hätte keine Bedenken gehabt, diese Mitwirkung zu genehmigen. Erst später habe er zu seiner Ueberzeugung erfahren, daß die beiden Herren für den Schiedsspruch den namhaften Betrag von 60 000 Mark erhalten hätten. Auch andere Mitglieder der Seehandlung hätten für Schiedssprüche beträchtliche Honorare erhalten.

Am Anschluß an diese Aussagen vernahm der Ausschuß den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Seymann.

Abg. Seymann erklärte als Zeuge, daß er Julius Barmat in sozialdemokratischen Kreisen kennen lernte, als er die Berliner Verichterstattung für ein holländisches Blatt übernahm. Für dessen Gründung Julius Barmat 350 000 Gulden herangegeben hätte. Während des Belagerungsstandes konnte Barmat nach Amsterdam telephonieren. Die Erlaubnis war ihm von Herrn v. Lüttich vom Korpskommando erteilt worden. Bei dieser Gelegenheit habe Barmat auch den Adjutanten des Herrn v. Lüttich, den Träger eines Namens eines alten Welsgelehrten, kennen gelernt. Dieser erklärte, er werde aus der Reichsmehr entlassen und wolle sich eine neue Existenz in Südamerika schaffen. Er habe zu niemand in Deutschland ein solches Vertrauen, wie zu Barmat. Barmat stellte ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Mit dem Reichspräsidenten sei Barmat durch das Schreiben eines hervorragenden belgischen Politikers an Ebert zusammengekommen, in dem dieser bat, ihm mitzuteilen, welche besonderen Wünsche die Sozialdemokraten für die Friedensverhandlungen in Versailles hätten. Barmat wurde vom Reichspräsidenten zu einem Abendessen eingeladen und später zum Empfang des Antwortbriefes zu einer Tasse Kaffee. Seitdem habe der Reichspräsident Barmat oder einen der Barmats nie wieder gesehen. Zum Vollen Franz Krüger erklärte Seymann, daß sich aus der Stellung Franz Krügers im Büro des Reichspräsidenten fortwährend Konflikte ergeben hätten. Die schließlich zum Ausschließen Krügers führten. Anwendungen habe nach Seymann Krüger weder angenommen, noch seien ihm solche angeboten worden. Der Sohn Eberts habe sich selbst an Barmat gemeldet und sei dann in der Bremer Tribüne angetroffen worden. Er sei dort aber nicht wieder angetroffen worden, da ihm die Tribüne dort nicht gefiel. Seymann selbst habe in den Jahren 1919-21 mit Barmat selbst hiel verkehrt. Es sei fast kein Tag vergangen, wo sie nicht zusammengekommen seien. Seit 1920 habe an diesem Zusammenkommen auch Reichspräsident Ebert teilgenommen. Seymann habe auf diese Weise auch Kenntnis von den Geschäften Barmats erhalten, waren. Von Einfuhrmonopolen für Barmat

waren. Von Einfuhrmonopolen für Barmat sei nichts bekannt. Barmat sei als einer der vielen Lieferanten mit herangezogen worden. Seymann schilderte die Reise nach Holland, an der auch der kommunistische Abgeordnete Köhnen beteiligt gewesen sei. Köhnen selbst habe die Reise dazu benutzt, um von Barmat ein Darlehen von 8000 Mark zu bekommen. Die Briefe seien ihm bekannt, die Köhnen Barmat zum Verleihen gegeben habe, um seiner Stellung bei der kommunistischen Partei willen. Seymann sagt, daß seine Beteiligung an dem Verhältnis Barmats zur Staatsbank sich auf die Empfehlung an den Finanzminister beschränkt habe. Solche Empfehlungen gebe jeder Abgeordnete eine Anzahl ab, wobei selbstverständlich Ziffern variieren könnten. Der Sprüchzieher Weber habe sich beispielsweise durch einen Empfehlungsbrief des Reichskanzlers Dr. Stresemann eingeführt. Bei seinen Aufsichtsratsposten in den Barmatfirmen habe er weder direkt noch indirekt einen Pfennig erhalten. Geschäftlich sei er bei Barmat zweimal tätig gewesen, wobei es sich um Schiedsrichterposten gehandelt habe, die aber auch nichts einbrachten hätten. Weder Kuttner noch Wels, noch Rüdemann hätten bei irgendeiner Barmatfirma jemals Konten gehabt. Er selbst habe ein Konto bei der Merkurbank gehabt, das zur Nachprüfung zur Verfügung stehe. Bei dem angeblich palastähnlichen Schloß in Schwanenwerder handele es sich um ein einfaches Landhaus, das wegen seiner abwegigen Lage für das Wohnhaus nicht verwendbar war. Seymann schilderte dann, wie er von Barmat die Zustimmung zur Gründung der Treuhändergesellschaft erhielt. Barmat habe ihm Generalvollmacht für alle Geschäfte ausgestellt, die durch einen Vertreter vorgenommen werden können. Er habe davon keinen Gebrauch gemacht.

Darauf wurde die Vernehmung Seymanns abgebrochen. Der Ausschuß beschloß, daß Zuschriften aus dem Publikum den Ausschußmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden sollen. Die weitere Vernehmung wurde auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.

Berlin, 4. Febr. Die heutige Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde kurz nach 10 Uhr eröffnet. Der Ausschuß trat sofort in die Vernehmung des Zeugen Seymann ein. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob Barmat mit Seymann auch über seine Beziehungen zur Staatsbank gesprochen habe, erwiderte Seymann, er habe seit 1923 gewußt, daß Barmat in irgendwelchen Beziehungen zur Staatsbank stand. Der Vorsitzende, Professor Leibig, stellte fest, daß das Fremdschaffsverhältnis zwischen Barmat und Seymann sehr eng gewesen sei. Seymann habe Generalvollmacht gehabt und sei gewissermaßen Ehrenmitglied gewesen. Darauf richtete der Kommissar Stoll eine Reihe von Fragen an Seymann.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages über den Barmat-Kandal.

Berlin, 4. Febr. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Kreditaffären (Barmat-Kutischer usw.) trat heute vormittag wieder zusammen. Vorsitzender Abg. Saenger (Soz.) teilte mit, daß er auf die 76 Schreiben, die er behufs Ermittlung abgefordert habe, bisher nur sieben Antworten erhalten habe. Er habe sich auch mit Dr. Leibig, dem Vorsitzenden des preussischen Untersuchungsausschusses, ins Benehmen gesetzt. Für die nächsten zwei bis drei Sitzungen seien neue politische Vernehmungen beabsichtigt, worauf die reinen Kreditfragen erörtert werden sollen. Natürlich könne der preussische Ausschuß in Dmaen, die preussische Fragen betreffen, auch Reichsbeamte vernehmen. Der Vorsitzende schlug vor, am Samstag mit der Prüfung der Postkredite zu beginnen. Zunächst sollen höhere Postbeamte und dann auch Dr. Höfle und Abgeordneter Lange-Herermann (Zentr.) vernommen werden. Hierauf werde sich der Reichstagsausschuß darüber schlüssig werden, wie weit auf die Protokolle des preussischen Ausschusses zurückzugreifen ist. Der Ausschuß beschloß, daß auch anonyme Zuschriften den Ausschußmitgliedern zugeleitet werden sollen. Nach Erledigung der Sakanaelegerheit solle die Frage der Deutschen Werte und hierauf die Angelegenheit der Kasse des Reichspräsidenten behandelt werden.

Darauf vertagte sich der Ausschuß auf Samstag den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, mit der Tagesordnung: Vernehmung höherer Postbeamten in Sachen der Postkredite.

Weiter erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Seymann, daß seines Wissens keine Barmat niemals gesehen oder gesprochen habe. Herr Wels habe Herrn Barmat mit einem Privatbrief an MacDonald geschickt, und Barmat sei auch mit einem offiziellen Auftrag des Reichspostministeriums nach London gegangen, um mit der damaligen Regierung über eine Veränderung des Postabrechnungswesens zu verhandeln. Natürlich habe er auch sein Geschäft in London gehabt und zu erwidern, daß es als eine der Abrechnungsstellen für den deutsch-englischen Postverkehr auch die Barmatische Merkurbank zugelassen wurde. Auf eine weitere Frage, ob Barmat unmittelbar mit dem

Reichspostministerium in Beziehung getreten sei, erwiderte Seymann, Barmat habe dauernd in persönlichem Verkehr mit dem Reichspostminister gestanden. (1) Barmat habe niemals der Partei oder Genossen irgend welche Summen zur Verfügung gestellt, ohne sich vorher mit ihm, Seymann, ins Benehmen zu setzen. Seymann gibt zu, daß 15 000 Mark von Barmat an ein kaiserliches Blatt (?) gegeben worden seien. Weiter gibt Seymann zu, daß von Barmat auf seine, Seymanns Veranlassung hin, der sozialdemokratischen Parteikasse eine weitere Summe von 20 000 Mark zur Verfügung gestellt worden sei. Seymann schätzte die gesamten Aufwendungen, die Barmat in einem Zeitraum von 6 Jahren an die sozialdemokratische Partei gegeben hat, auf höchstens 50 000 Mark. Der Zusammenbruch des Barmatkongerns sei dadurch herbeigeführt worden, daß Oberfinanzrat Sellwig den Konzern dazu bestimmte, schwer notleidende Gesellschaften in großem Stile zu übernehmen.

Nachspiel zum Magdeburger Rothardt-Prozess.

Berlin, 4. Febr. Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute der Verteidigungsprozess des Landgerichtsdirektors Beyer-Borsdorf, des Vorsitzenden im Magdeburger Rothardt-Prozess gegen Landgerichtsdirektor Kroner, den Vorsitzenden des Republikanischen Richterbundes. Schon am Nachmittag wurde das Urteil gefällt: Landgerichtsdirektor Dr. Kroner wird wegen formaler Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt, im Nichtbeitragsfalle zu einem Tag Gefängnis für je 60 Mk. Dem Nebenkläger wurde die Befugnis erteilt, das Urteil in der „Voss. Zeitung“, der „Deutschen Richterzeitung“ und in der „Magdeburger Zeitung“ auf Kopien des Angeklagten zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Angeklagten auferlegt. — Nach den Klaidopers erklärte Dr. Kroner in einem Schlusswort unter Hinweis auf seine 30jährige richterliche Tätigkeit, er habe das Oberhaupt des Staates gewissermaßen verteidigen müssen. — Der Generalstaatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 1000 Mk. im Nichtbeitragsfalle 50 Tage Gefängnis beantragt.

Die Schuldenfrage.

Englische Meinungsverschiedenheiten über die Antwort an Frankreich.

London, 4. Febr. Zu der getriggen Kabinetsitzung haben sich, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, bei der Beratung über die Antwortnote an Frankreich wegen der Schuldenfrage erhebliche Meinungsverschiedenheiten herausgestellt, so daß mit einer baldigen Abjendung der Note nicht zu rechnen ist. Die Schwierigkeiten beständen in einem Ausgleich der Rücksichten auf die Interessen des englischen Steuerzahlers und derjenigen auf die allgemeine außenpolitische Lage.

Italiens Schulden und Amerika.

London, 4. Febr. Eine Neutermeldung aus Washington weist darauf hin, daß der neue italienische Botschafter bemüht wäre, mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die Frage der italienischen Schulden an Amerika zu verhandeln. Die amerikanischen Zeitungen weisen darauf hin, daß, wenn Italien nun auch seine Schulden fundiere, Frankreich die einzige größere Macht Europas wäre, die noch keinerlei Schuldentilgungsabkommen mit den Vereinigten Staaten getroffen habe.

Baden.

Zur Kulturpolitik des Zentrums.

Es ist keine angenehme Aufgabe, alle die vielen Artikel durchzugehen, mit denen deutsche nationale Blätter immer wieder behaupten wollen, daß die Zentrumspartei die katholischen Belange immer wieder schädigt. Man empfindet allmählich einen Ekel über die parteiendensiblen Unwahrhaftigkeit, mit der hier in dieser Beziehung meistens gearbeitet wird. Und wir können es insbesondere sehr wohl verstehen, warum v. B. in der freien Stimme, die ihre deutsch-nationale Parteinatur mit der Bezeichnung „vaterländisch und katholisch“ etwas maskieren möchte, neuerdings Mitarbeiter, die mit solchen Tendenzen arbeiten, schamhaft ihre Namen verschweigen und sich bloß als (anonyme) katholische Mitarbeiter bezeichnen lassen. Wir glauben der eine oder andere von ihnen würde sich doch etwas schämen, wenn er sich offen zu dem bekennen müßte, was er annimmt, ohne zu erwägen, in die Öffentlichkeit zu geben wagt.

In einer anonymen Rede hat am 29. Januar in Münster Prälat, Professor Dr. Mausbach über das soziale und religiöse Programm des Zentrums gesprochen und gerade das von deutsch-nationaler Presse oft so lächerlich mißhandelte Thema sehr fein behandelt. U. a. führte er dabei aus:

Es gibt keine andere Partei in Deutschland, von der Partei, Volkspartei abgesehen, die so ausdrücklich zu den christlichen Grundfragen auch für das öffentliche Leben sich bekannt; keine

auch, die bei aller freihetlich-paritätischen Haltung so ausdrücklich den Schutz der kirchlichen Rechte der Katholiken betont und herbeizuholen, weil dieses Programm und die tatsächliche Geschichte des Zentrums eine so deutliche Sprache reden, bemühen sich heute andere Parteien, dem Zentrum diesen Ruhm wenigstens für die letzten Jahre streitig zu machen; sie können aber gegen die große geschichtliche Tatsache nichts ausrichten; sie haben überdies das Misgeschick, daß regelmäßig nach einer vollständigen Verwertung ihrer eigenen religiösen Verdienste und Vorzüge so gleich aus dem betreffenden Lager ebenso starke Signalen gegen Rom und den „christlichen Katholizismus“ sich vernehmen lassen. In solcher Lage ist es als eine Wohlthat, so fort als eine Wohlthat zu bezeichnen, daß nunmehr eine rechtsstehende, führende Partei, ein präzisierter Rechtslehrer die entscheidenden Verdienste des Weimarer Zentrums um die Kirche, Schule und christliche Kultur offen anerkennt. Einer der Führer der Wirtschaftspartei, Prof. Dr. F. Redt, schreibt in seinem Buche „Der Geist der deutschen Reichsverfassung“, selten habe eine parlamentarische Kommission „eine so wohlüberdachte, abgerundete und gefeilte Arbeit“ vorgelegt, wie der Verfassungsausschuß in Weimar; er nennt das Ganze der Verfassung ein gewaltiges Werk. Redt sagt er dann vom Zentrum, in den Kulturfragen habe es sich der Sozialdemokratie entgegengestellt und „unausgeglichen hingeworfen auf jene Grenze der staatsfähigen Allmacht, welche Leo XIII. im Geiste des Thomas von Aquino gezogen hatte“. Speziell bei der Schulfrage heißt es, das Zentrum sei „wie eine eiserne Mauer“ gestanden; der vielangekündigte Schulkompromiß der Verfassung habe sich einfach ergeben als unvermeidlicher Ausbruch der religiösen Toleranz. Und das abschließende Urteil lautet: „Im ganzen genommen, bedeutet das kulturelle Programm der Reichsverfassung eine erfolgreiche Verteidigung des Christentums im deutschen Volk gegenüber die Strömungen der Revolution.“ Dem Zentrum wird dabei offen die Führung zuerkannt. Andere Parteien beteiligen sich „als seine Bundesgenossen“. Redt rühmt die Kraft, die das Zentrum und das katholische Volk in jener Zeit nach der Revolution erfaßt hätten und stellt sie in Parallele zum Kulturkampf. „Diese selben Kräfte“, schreibt er, „welche damals gegen das Bismarcksche Kaiserreich mobil gemacht wurden, fanden auch jetzt noch unter Waffen und besaßen ihre Sache gegen die neue Republik völlig nach den Lehren des Leo XIII. im Geiste des Thomas von Aquino. Und so durchschlagend war der Erfolg, daß das Zentrum ohne Bedenken an der republikanischen Regierung Anteil nehmen konnte — nach denselben Lehren! Der Nationalismus besaß solche Organisation nicht, weder politisch noch kulturell, und er brachte es nicht fertig, der Zentrumspartei etwas ebenbürtiges an die Seite zu stellen.“ Zusammen ist in Weimar eine gemeinsame Front hergestellt und dadurch der Aufstieg des radikalen Sozialismus abgemildert worden.

„Diese Gesandnisse“, so schloß Prälat Mausbach, „die den Verfasser ebenso ehren wie die Zentrumspartei, brauchen ich nicht weiteres hinzuzufügen. Das eine nur verdient noch eine klare Betonung und Anerkennung: daß es für alle diese Kulturfragen im Zentrum, dem damals wie dem heutigen, keine Schattierungen und Nuancierungen gibt, wie es hier und da in rein politischen Fragen vorkommt; daß vielmehr die ganze Fraktion stets die gleiche Grundlageliebe und Entschiedenheit aufweist. Umso mehr sind wir Wähler alle verpflichtet, in einer so unruhigen, demoralisierten Zeit das feste Vertrauen zu unseren Vertretern in Reich und Land zu bewahren, das unerschütterliche Vertrauen, daß sie die ehrenwürdige Expedition der Partei, die Verteidigung der Religion und Kirche, von Ehe und Familie, von Schule und Jugendbildung auch im heutigen politischen Kampf treu und einmütig fortsetzen werden.“

Gegen diese den Tatsachen entsprechenden Feststellungen kommen die Dilettanten in der deutsch-nationalen Presse, die von ihrer Tendenz beherricht sind und die Tatsachen entweder nicht kennen oder nicht kennen wollen, nicht auf. Sie tun daher gut daran, auch in Zukunft mit ihren Namen im Verborgenen zu bleiben.

Zu einem parlamentarischen Abend

hatte auf Dienstagabend der Herr Staatspräsident Dr. Sellpach eingeladen. Der Einladung hatten in großer Zahl Folge geleistet vor allem die Mitglieder des Landtags mit dem Herrn Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner an der Spitze, sowie zahlreiche Vertreter der wissenschaftlichen und geistigen Kreise Badens. Finanzminister Dr. Köhler und Minister Kemme hatten sich wegen Zeitmangels an der Berliner Finanzkonferenz entschuldigen lassen. Staatspräsident Dr. Sellpach begrüßte seine Gäste in herzlichsten Worten, indem er zugleich mit der Person des Redners, der zu einem Vortrag gekommen war, bekannt machte.

Professor Ernst Robert Curtius, der durch seine geistvollen und in zeitig-politischem Sinne bahnbrechenden Bücher über das moderne Frankreich bekante Romanist der Heidelberger Universität, hielt sodann einen ausgezeichneten Vortrag über die nationale Entwicklung Frankreichs von 1871 bis 1914, der wohl für die meisten Zuhörer ganz neue Gedankenansätze aufschloß und in ebenso knapper wie weislicher Diktion zum Verständnis des heutigen Frankreichs hinführte. Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag sah man in ungehobener Unterhaltung noch einige Stunden bei einem Glase Bier verweilen, wobei die Gelegenheit ausgiebig wahrzunehmen wurde, einen anregenden Gedankenaustausch aus dieser und jener Interessensphäre zu pflegen. Die Kabelle der badischen Politikminister unter ihrem Dirigenten Oberminister Göttinger erklärte durch den Vortrag herabgewertigt zu sein.

Die Unte... Reichs... Kathol... titel: Am... Kabin... Die r... Sach g... politis... auf: Se... warum... Was d... an den... stand... auch n... Frage... tionen... mit de... trams... für... sem A... lassen... diese W... volles V... rung in... August... nalen d... regieru... wollte d... Reichs... was au... wesentl... nisse n... gingen... dem W... verhält... Und da... tigen O... Staats... dieser A... nach a... lichen S... staatsb... das de... Staatsb... um all... unterqu... Neben a... sche Vol... mentari... machte... Ansoch... rung oh... bereitel... fragt die... Deutsche... warum... dieses B... es erklä... gemacht... zieht h... und sich... tifizier... Kronen... der Pra... worden... soll. Un... schaft i... der Med... falsch... wenn ich... gen, die... Deutsch... Anzahl... während... ren, jekt... Lösung... hat das... Licht... Mary... Regierung... Aus... Die Sach... Mi... Dos G... alle der... freieszeit... von Kahl... löschung... tache groß... Süßkraft... bukt auf... Zeitdrift... iuche des... rums mi... nicht mit... gegeben h... größer al... so groß... getrodnet... ihre Blät... werden... wird zur... zu Verju... geht aus... ist" mid... Eigenchar... Sachchar... als Woll... liebigen B... Entbedun... praktische... ist sie, da... gelehrten... erst ein... Dienst bei... verfügbare... seine Sta... von den... werden, u... lange gef... Politika...

Die neue Regierung und das Zentrum.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Reichstagsabgeordneter Erving in Nr. 5 der katholischen Arbeiterzeitung folgenden Artikel:

Am Montag, den 19. Januar hat sich das Kabinett Luther dem Reichstage vorgestellt. Die Erklärung Luthers hat für das Zentrum genau durch, dann drängt sich jedem politisch Denkenden ganz von selbst die Frage auf: Ja warum denn die wochenlange Krise, warum der Rücktritt des Kanzlers Marx? Was Luther sagte, hätte ein Kanzler, der an der Spitze eines Kabinetts der Mitte stand, von einigen Wendungen abgesehen, auch nicht anders sagen können. Und die Frage der Zentrumsnäherheit wird millionenfach lauten: Warum das alles? Und mit der Frage „Warum“ drückt die Zentrumsnäherheit ohne weiteres aus, daß sie für den Entschluß des Zentrums, in diesem Kabinett einen Verbindungsman zu lassen, zunächst kein Verständnis hat. Für diese Meinung in der Wählerschaft habe ich volles Verständnis. Was ging dieser Wendung in der Reichspolitik alles voraus? Im August stimmte die Hälfte der Deutschnationalen dem Dawesplan zu, um in die Reichsregierung kommen zu können. Marx aber wollte diese Herannahung nicht. Es kam zur Reichstagsauflösung. Der Wahlkampf hat, was auch viele im Zentrum befürchteten, eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse nicht gebracht. Die Deutschnationalen gingen nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dem Wahlkampf hervor. Klare Mehrheitsverhältnisse hat die Wahl nicht geschaffen. Und darin liegt das Tragische der gegenwärtigen Lage. Wir haben eine demokratische Staatsverfassung, aber noch kein Volk, das diese Tatsache Rechnung trägt und anstatt nach großen politischen Linien, nach Kleinlichen Tagesereignissen und Wünschen seine staatsbürgerliche Pflicht ausübt. Aber auch das deutsche Parteiwesen trägt der neuen Staatsverfassung nicht Rechnung. Und darum all die vielen Regierungskrisen, all die unerquicklichen Vorkommnisse im Reichstage. Neben all dem steht aber fest, daß die deutsche Volkspartei, diese demorrene parlamentarische Lage noch dadurch schwieriger macht, daß sie jeden Versuch, eine Regierung zu bilden, eine Regierunghilfe, nicht nur ablehnt, sondern auch die Deutschnationalen ablehnt, trotz der Tatsache, daß das Zentrum die Antwort auf dieses Verhalten nicht dadurch gegeben, daß es erklärte: Volkspartei, du hast die Krise gemacht, trage auch die Folgen, das Zentrum zieht sich jetzt in den Schmolz zurück und sieht zu, wie andere, die so schon kritisieren, es besser machen können. Diese Argumentation hat viel für sich. Es ist in der Fraktion schon lange darüber geredet worden, ob dieser Weg nicht gewählt werden soll. Und ich höre weiter aus der Wählerschaft die Meinung, jetzt hat im Zentrum der Reichstagsflügel gesiegt. Das Bestehe ist falsch. Ich begehre wohl keine Indiskretion, wenn ich sage: Von den bekannten 13 Kollegen, die im Oktober eine Koalition mit den Deutschnationalen ablehnten, trat jetzt eine Anzahl für die jetzt erfolgte Lösung ein, während von den 48, die damals dafür waren, jetzt eine ganze Anzahl gegen die jetztige Lösung waren. Und nun zur Frage, warum hat das Zentrum diese Regierung ermöglicht?

Marx machte alle Versuche, eine tragbare Regierung der Mitte zu bilden. Vergebens.

Eine Erinnerungsmedaille an das Heilige Jahr.



Vor- und Rückseite der Medaille. Eine Erinnerungsmedaille an das Heilige Jahr, das von Pius XI. am Weis-

nachtstage feierlich eröffnet wurde, wird allen Kompilgern des Jubeljahres überreicht werden.

Er trat zurück, nachdem wochenlang verhandelt und geredet worden war. Als stärkste Partei hätte die Sozialdemokratie den Versuch machen müssen, eine Regierung zu bilden. Aber sie erklärte: „Ohne das Zentrum machten sie es nicht.“ Und das Zentrum wiederum sagte, eine Koalition zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hat keine Mehrheit und darum hätte es keinen Zweck, eine solche Koalition zu bilden. Und dann kam Luther. Und auch der erklärte: Wenn das Zentrum eine Beteiligung direkt ablehnt, dann bilde er keine Regierung. So war eine Lage geschaffen, die allmählich verhängnisvoll zu werden drohte. Eine Staats- und Verfassungsfrage in schwerster Art war im Anzuge. Schon riefen die Wähler, löst den Reichstag auf, schreibt Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung aus und werft die Weimarer Verfassung über den Haufen. Söhnlich grimmig gingen die Ultralinken von rechts und links durch die Wandelhallen und rebeten vom Panzerotti der demokratischen Verfassung. Der junge deutsche Staatsbau war in eine gefährliche Lage geraten. Kein Zweifel, die Anhänger der Weimarer Verfassung hätten sich, wenn es zur Staatskrise gekommen wäre, nicht so leicht unterbieten lassen. Wenn es sein muß, können auch Demokraten und Republikaner für ihr Staatsideal kämpfen. Was es aber notwendig, eine solche Situation auszuweichen zu lassen.

Diese Frage hat die Reichstagsfraktion verneint. Und ehrliche Demokraten und Republikaner, wie Dr. Diefenbacher und Zos beschränken die Meinung, lieber ein Kabinett mit Luther als noch länger eine regierungslose und schließlich schredlich werdende Zeit. Man lese die Darlegungen Dr. Diefenbachers, besser wie er tat, kann es nicht mehr dargelegt werden, warum das Zentrum um seiner bisher betriebenen Politik, um der Bevölkerung der besetzten Gebiete, um der Weimarer Verfassung willen diesen schweren Schritt tun mußte. Ich sage mußte, um Schlimmeres zu verhindern. Man kann der Zentrumsfraktion des Reichstages vorwerfen, daß sie dies oder jenes getan, oder nicht getan hat, aber das darf die Fraktion für sich in Anspruch nehmen, daß sie bei allen großen und wichtigen Augenblicken so gehandelt hat, als sie glaubte.

der Sache des Volkes zu dienen. Ich glaube, bei der entscheidenden Abstimmung in der Fraktion über die Frage, ob das Zentrum einen Verbindungsman in diesem Kabinett lassen solle, mit nein stimmen zu sollen — im Oktober stimmte ich mit ja. Das ehrliche Befolgen der großen Mehrheit der Fraktion ist aber so gewichtig, daß ich ganz selbstverständlich das tue, was die Fraktion beschlossen hat und nun auch dafür eintrete.

Die Stellung der Fraktion zum Kabinett ist in einer ganz ausgezeichneten Erklärung, die in ihrem Grundzug von Prälat Kaas besprochen wurde, dargelegt worden. Das Zentrum tritt dieser Regierung mit größter Vorsicht und Wachsamkeit entgegen. Die bisherige Linie der Außenpolitik wird von der Zentrumsfraktion unverändert verfolgt werden. Ein Abrücken der Reichsregierung von dieser Linie wird ihren sofortigen Sturz zur Folge haben. In der Erklärung des Zentrums sind den Krisenmachern der Deutschen Volkspartei klärende Ohrfeigen verpackt worden. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ sagt folgendes über sie:

„Diese Erklärung einer „Regierungspartei“ war sachlich so ziemlich das Bescheidlichste, was über die Regierung Luther gesagt werden konnte. Schärfere und gründlichere kann man das totale Abhandeln jeder Spur von Vertrauen nicht dokumentieren, als es hier geschehen ist. Herr Fehrenbach sprach langsam. Wort für Wort, Satz für Satz wurde der Graben, den das Zentrum zwischen sich und die Regierung legte, breiter und breiter. Mit jedem Wort, mit jedem Satz gab Herr Fehrenbach der Rechten zu fühlen, daß sie sich mit ihrer Regierung in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Zentrum begeben habe, daß der Faden, an dem sie hängt, dünn und das Messer scharf sei.“

Die Erklärung brachte wirklich Klarheit. Klarheit darüber, daß wir heute eine Reichsregierung haben, die vom Zentrum toleriert wird, daß das Zentrum diese Tolerierung zwar üben zu müssen glaubt, daß aber ein großer Teil seiner Anhänger dieses Verhältnis mit Gefühlen begleitet, die von Widerwillen und Abscheu nicht weit entfernt sind. Dieses Urteil des „Vorwärts“ ist hart. Die Erklärung zeigt aber der Zentrumsnäherheit, mit welcher Wachsamkeit die Fraktion diese Regierung beobachtet will.

Die Wähler im Lande werden die Entwicklung in Berlin nicht so schnell verstehen. Es wird umfassender Aufklärung bedürfen. Wenn selbst in der Fraktion nach wochenlangen Verhandlungen keine einheitliche Meinung zu erreichen war, so wird das im Lande noch viel weniger möglich sein. Nachdem aber die Entscheidung gefallen war, habe ich trotz schwerster Bedenken Disziplin geübt. Der Senior der Fraktion, Exzellenz Spahn hat in der eindringlichsten Weise zur einheitlichen Stimmabgabe der Fraktion aufgefordert. Reichskanzler Marx sagte, es gibt jetzt keine andere Möglichkeit als diese Regierung mit ihrer Arbeit beginnen zu lassen und darum werde er mit ja stimmen. Und da im Wahlkampf in tausenden von Zentrumsversammlungen die Parole gegeben wurde: Treue und Gefolgschaft dem Führer Marx hielt ich es für richtig, daß auch die Fraktionsmitglieder, die anderer Meinung waren dem Rufe der alten Führer der Fraktion folgten. Diese einheitliche Stimmabgabe war leider nicht zu erreichen. Seit 6 Jahren wurde bei allen wichtigen Abstimmungen die Einheitlichkeit immer erreicht. Diesmal nicht mehr. Zur Zeit geht — dies zu leugnen wäre nach dieser Abstimmung kindlich — ein Riß durchs Zentrum. Offene rückhaltlose Aussprache scheint mir nötig zu sein, weil sonst die Wählerschaft in Verwirrung gerät. In der christlichen Arbeiterbewegung war offene Aussprache üblich und hat immer wieder zur Einheit geführt. Auch die Zentrumsfraktion muß diesen Weg beschreiten und dann hoffe ich, daß die Basis gefunden wird, die solch unerfreuliche Erscheinungen wie bei dieser Abstimmung gar nicht entstehen lassen.

Der Werdegang Leo Trozki's.

Die russische Telegraphenagentur meldete 19. Januar: „Das Zentralkomitee beschloß in einer Plenarsitzung mit allen gegen zwei Stimmen, Trozki eine kategorische Benennung zu erteilen und ihn seines Amtes zu entheben, sowie seine weitere Mitarbeit im revolutionären Kriegszustand als unmöglich zu erklären.“ Gründe: Antibolschewistische Haltung und Führung seines Amtes, Ungehorsam und Unfähigkeit gegenüber manchen Parteibeschlüssen. Die Begründung klingt wie Hohn, wenn man daran denkt, daß gerade Trozki in Verbindung mit Lenin die Bolschewiki zur Macht geführt hat. Aber das ist und bleibt in der ganzen Weltgeschichte die grauigste Tragik solcher Leute: die Revolutionen verfallenden immer die eigenen Kinder. Ob sich freilich Trozki mit obigem Dekret zufrieden gibt und selbst keine Rolle für ausgespielt hält, ist eine andere Frage. Er ist ungeniebig und rühmig, und vielleicht ist die ganze Absehung nur als eine weitere Episode in dem abenteuerlichen und wechselvollen Lebensgang des Russen zu buchen, der den Unbekannten durch harte, unbehutsame Jahre bis zum Mitherrscher eines Millionenvolkes geführt hat.

Trozki's Leben ist wie einer der spannendsten Sensationsromane. Er ist ein Südrusse, aus dem milden Klima der Krim, der Sohn eines jüdischen Apothekers aus guten Verhältnissen, geboren in Nikolajew im Gouvernment Cherson. Sein eigentlicher Name ist Leo Darydowitsch Bronstein. Sein ungezügelter und ungebärdigter Wesen, sein aufreißerischer Geist brachten ihn schon als Knaben in Konflikt mit der Behörde. Wegen der Entweihung eines Heiligenbildes mußte er im Alter von 15 Jahren von dem Gymnasium entlassen werden. Als Student war er nicht anders gemordet; er war tätiges Mitglied der jüdischen Arbeiterliga, die vom Staate aus unterdrückt und verfolgt

Aus Wissenschaft und Technik.

Die Saccharinpflanze. — Weisfressende Insekten. Mit 300 Meter-Wellen bis Argentinien.

Das Saccharin, der Süßstoff, mit dem uns alle der Zuckermangel des Krieges und der Nachkriegszeit bekannt gemacht hat, ist schon 1857 von Fahlberg hergestellt worden; es ist ein Abkömmling des Benzols und hat eine etwa 500fache größere Süßkraft als der Zucker, eine Süßkraft, wie sie kein naturgewachsenes Produkt aufzuweisen hat. Vor kurzem berichtete die Zeitschrift „Chemist and Druggist“ über Versuche des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums mit einer seltsamen Pflanze, der man nicht mit Unrecht den Namen „Saccharinpflanze“ gegeben hat. Ihre Süßkraft ist nämlich 200mal größer als die des Zuckers, also beinahe halb so groß wie die des künstlichen Saccharins. In getrocknetem und gemahlenem Zustand können ihre Blätter wie gesüßener Zucker verwendet werden. Die Pflanze wächst sehr rasch und wird zur Zeit in Maryland in größeren Mengen zu Versuchszwecken gezogen. Offenbar — es geht aus der Meldung des „Chemist and Druggist“ nicht hervor — hat man ihre seltsame Eigenart durch Zufall entdeckt. Da das Saccharin mit seiner doppelt so hohen Süßkraft als Abfallprodukt bei der Teerfabrikation in beträchtlichen Mengen billig herzustellen ist, wird die Entdeckung der Saccharinpflanze kaum eine praktische Bedeutung gewinnen; aber interessant ist sie, da hier der Menschengeist einmal den umgekehrten Weg gegangen ist. Gewöhnlich wird erst ein Naturprodukt gefunden und in den Dienst des Menschen gestellt. Bald reichen die verfügbaren Mengen nicht mehr aus, oder einzelne Staaten, die es einführen müssen, wollen von den produzierenden Staaten unabhängig werden, und nun wird in den Laboratorien solange geforscht, analysiert, synthetisiert, bis der Molekulaufbau des Stoffes gefunden und die

synthetische, künstliche Herstellung in der Natur möglich ist. Ich erinnere an die Farben und manches andere. Bei vielen Stoffen aber wird heute noch fieberhaft gearbeitet, ohne Erfolg; so z. B. bei dem Morphium, bei dessen Herstellung das Abendland vollständig auf die Einfuhr aus dem Orient angewiesen ist. Anders der Weg, der zu Stoffen mit hoher Süßkraft führt. Erst kannte man Zuckerröhre und Zuckerrübe, lernte aus ihnen den Zucker gewinnen, dann stellte Fahlberg vor 27 Jahren einen künstlichen Stoff her, der die vielhundertfache Süßkraft des Zuckers hat, und jetzt findet man plötzlich eine Pflanze mit einer fast gleichgroßen Süßkraft und benennt sie nach dem synthetisch gefundenen Stoff.

Ob die Saccharinpflanze wohl viel Liebhaber hat, bei den Insekten vielleicht, die doch — man denke an die Biene — oft notorische Weisfresser und Süßfresser sind? Ich glaube es nicht; denn allzu scharf macht scharf, allzu süß macht bitter. Saccharin unterdrückt schmeckelchastere als Chinin oder ein ähnliches Medikament, das uns allen als Kinder ein Säugmittel war, dessen bloße Androhung einen alle Krankheit vergehen, schnellstens aufstehen und in die Schule trotten ließ. Und dann, die Geschmäcker sind verschieden. Es gibt Insekten, die nicht Honig, Blütenstaub, Nektar oder sonst etwas Süßes schlucken, sondern — Wei fressen; richtigen Wei, aus denen unsere Kinderstolben gezeugt werden. Diese Käfer mit dem seltsamen Geschmack leben in demselben Land, in dem die Saccharinpflanze wächst, in Amerika. Die Zeitungen melden, daß sie gewaltige Unheil anrichten, weil sie Löcher in den Weimantel der Reispflanzen fressen und sie so in kurzer Zeit unbrauchbar machen. Es ist natürlich nicht das Wei, das sie reizt, das hat keinen Nährwert. Die gewöhnliche Nahrung dieser kleinen plumpen Käfer ist Sichenholz, und man nimmt an, daß sie eine besondere Vorliebe für das Polstermaterial, Papier, Jute usw. haben, das unter

dem schützenden Weimantel des Kabeles liegt. Um zu ihm zu gelangen, bohrt sich dieser „Kabelkäfer“ durch das Wei, und nach dem Durchdringen einer amerikanischen Telegraphengesellschaft ist ein Fünftel aller Drahtschäden und Störungen auf diesen Käfer mit dem seltsamen Geschmack zurückzuführen; alle Abwehrmittel — Gift usw. — haben seither verjagt.

Und doch wird es nur noch eine kurze Zeit dauern, dann wird dieser Weisfresser, selbst wenn er dann in allen Ländern der Welt und in Millionen von Exemplaren vorkame, unschädlich sein, dann, wenn wir keine Kabel mehr brauchen. Wenn die Funktechnik sich mit demselben wunderbaren Aufschwung weiterentwickelt wie in dem letzten Vierteljahrhundert, so wird dieser Reichtum übermitteln, nicht mehr lange auf sich warten lassen. Nicht unerheblich scheinen zu weiteren Fortschritten die heute besonders interessanten Fundamente mit kurzen Wellen beizutragen. In sich ist die Reichweite einer kurzen Welle kaum geringer als die einer langen. Warum, fragt man dann mit Recht, wird bis heute im Ueberseeverkehr mit solch gewaltigen Wellenlängen wie 18 000 bis 21 000 Meter gearbeitet, wenn doch eine kleinere Welle ebensoweit reicht. Der Zusammenhang ist folgender: Die Reichweite ist neben der Empfindlichkeit des Empfangsgerätes abhängig von der elektrischen Energie, die man in die Antenne der Sendestation pumpen kann. Für den Ueberseeverkehr — z. B. von Deutschland nach Argentinien — braucht man ganz gewaltige Energiemengen; so sendete Nauen seither mit einer Energie von über 450 Kilowatt in der Antenne, um die gewaltige Entfernung zu überbrücken. Solche Energien lassen sich aber nicht einer kleinen Antenne aufdrücken, die eine zu geringe Kapazität, d. h. ein zu kleines elektrisches Ladungsvermögen hat, um sie aufzunehmen. Würde man

sie in eine kleine Antenne schicken, so entstünden Sprühfeuer, und die Elektrizitätsmengen gingen nutzlos verloren. Man war daher gezwungen, große Antennen zu benutzen deren hohe Kapazität und Selbstinduktion aber eine lange Welle zur Folge haben, die man nur wieder mit gewaltigen Energieverlusten künstlich durch geeignete geschaltete Reflexionskondensatoren hätte herunterschieben können. Dabei benutzte man seither im Ueberseeverkehr diese großen Wellenlängen von 18 000 bis 21 000 Meter.

Versuche, die Marconi mit sehr feinen und, was am wichtigsten ist, teilweise gerichteten, also nicht mehr kugelförmig sich nach allen Seiten ausbreitenden Wellen machte, ergaben überraschende Reichweiten bei geringer Antennenenergie. In aller Stille hat Nauen in den letzten Monaten ähnliche Versuche mit einer Welle von nur 70 Meter Länge (die Rundfunkwellen haben schon 300—600 Meter Länge) gemacht. Und was man noch vor wenigen Monaten für ganz ausgeschlossen hielt, heute ist es Ereignis: seit einigen Tagen hat Nauen täglich über 10 Stunden gute Verbindung mit Buenos Aires mit einer Welle, die nur 30 Meter Länge hat gegenüber 18 000 Meter früher, und mit einer Antennenenergie von gegenüber 460 Kilowatt, also mit einem 280stel der vorher gebrauchten Energie. Welch ungeheure Bedeutung dieser Erfolg nicht nur technisch, sondern auch vor allem wirtschaftlich hat, ist ohne weiteres klar. Die Maschinen- und Antennenanlagen werden kleiner, und die benötigte Energie ist nur noch ein winziger Bruchteil der früher für den Ueberseeverkehr aufzuwendenden gewaltigen Anzahl von Kilowatt.

Saccharinpflanze — Weisfresser — kurze Wellen: ein grotesker Weg, den die Natur bei gegangen ist; doch allen drei Themen ist eines gemeinsam: das Neue, das Interessante. Gauss Derstroff, Berlin.

wurde. Es gelang Trozki zu verhaften, und nach kurzem Prozess wurde er im Alter von 29 Jahren zu vier Jahren Verbannung in Sibirien verurteilt. Ob man damals schon in ihm den gefährlichen Agitator gewittert und gefürchtet hat? Man teilte ihn wenigstens der Deportationskolonne nach Werchajansk im nordöstlichen Sibirien zu, einem der kältesten Orte der Erde, wo die Temperatur bis auf 70 Grad Kälte sinkt und der Boden auch in der kurzen Sommerzeit nie ganz auftaut. Die Verbannung dorthin war also gleichbedeutend mit der Verurteilung zu einem baldigen sicheren Tode. Trotzki gelang es aber, zu entfliehen, ehe ihn das mörderische Klima und die trostlos fürchterliche Einsamkeit der monatelangen Winternächte gebrochen hatten; unter den größten Strapazen und Entbehrungen kam er über die russische Grenze.

Die Verbindung mit der Heimat und seinen Gefinnungsgenossen wurde aber nicht unterbrochen, und als im Jahre 1905 die Revolution ausbrach, tauchte er auf einmal in Petersburg auf. Er wurde Präsident des Arbeiterrates, dann aber, als das Militär das Selt wieder in der Hand hatte, zum zweiten Mal verhaftet und unter Überwachung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit nach Ostsibirien gebracht. Durch eine List künzte er seine Wächter, und ein halbes Jahr nach seiner Verurteilung machte er bereits in Paris von sich reden. Wollig mittelgroß war er dahin gekommen und brachte sich auch die Folgezeit durch seine schriftstellerische Tätigkeit nur mit Mühe durch. In seinen politischen und sozialen Ansichten war noch nicht die Härte und Schärfe, die ihnen später anhafteten; sein Standpunkt war vielmehr die Mitte zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki. In dem russisch-sozialistischen Kreis in Paris trat Trozki auch in Beziehungen zu Lenin, der ihn wegen seiner gemäßigten Ansichten scharf angriff. Nach einigen Jahren ging er nach der Schweiz, wo die meisten russischen Revolutionäre sich aufhielten, den dort nach Wien, wo er schon nach seiner ersten Verbannung gelebt hatte und schließlich nach Berlin. „Wie viele andere russische Emigranten verkehrte er häufig im alten Cafe des Westens, wo sich der junge blasse Mann mit seinem etwas zu langen schwarzen Bart und Haar kaum von seinen Landsleuten abhob. So mancher hat damals den stets so scharfen Kritik geübt, eine Ansicht mit absoluter Sicherheit abgelesen. Man konnte seinen Blick, ohne zu ahnen, daß er mit dem künftigen Diktator Russlands debattierte. Seine vielseitige Bildung, seine große dialektische Gewandtheit, seine völlige Beherrschung der deutschen Sprache fielen schon damals auf; eines Tages war er auch aus Berlin wieder verschwunden, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß der stets in Geldklemme befindliche Cafehausgast noch heute dem Oberkellner etliche Tassen Kaffee aus jener Zeit schmeckt.“ Vor dem Ausbruch des Krieges wohnte Trozki mit seiner Familie in einer kleinen Zweizimmerwohnung in Döbling bei Wien. Er lebte damals in zweiter Ehe; von seiner ersten Frau, einer Jüdin eines Seimatortes, war er geschieden. Aus seiner zweiten Ehe mit einer orthodoxen Russin, einer Klugen, stillen und gebildeten Frau, hatte er zwei Söhne. Trotz seines zurückgezogenen häuslichen Lebens war Trozki in Wien doch über die Kreise der russischen Kolonie hinaus bekannt. Gerne erschien er bei Versammlungen seiner Landsleute und bestaunte das Rednerbuck. „Im Cafe Central in der Herrengasse spielte er oft Schach, und zwar mit einer Geringe, daß er gelegentlich mit seinen Partnern beim Schluß des Lokals von Cafe zu

Cafe zog, nur um eine „pennende Partie zu Ende spielen zu können.“ Als die Kriegserklärung Österreichs gegen Serbien ergangen war und der Waffengang mit Russland keinem Zweifel mehr unterliegen konnte, floh Trozki, um allen Schwierigkeiten zu entgehen, bei Nacht und Nebel mit seiner Familie nach der Schweiz. Nicht einmal die Wohnungsmiete hatte er ganz bezahlt, und sein Hausherr belegte einen Teil der Möbel mit Pfandslag. Der Rest wurde von seinen Freunden verkauft; nur seine wertvolle Bibliothek stellten sie in Eile zur Aufbewahrung auf einen Speicher. Mit dem geringen Erlös konnte Trozki in Zürich, wo er das Ende des Krieges abwarten wollte, nicht lange leben. Er schrieb wieder, wurde dann aber ausgewiesen, weil er öffentlich gegen deutsche Kriegshelmer Stellung nahm. In Paris, wohin er nun zog, schrieb er eine russische Zeitung. Sein scharfes Aussehen gegen die russischen und französischen Kriegshelmer zog ihm den Ausweisungsbefehl auch aus Frankreich zu. In Spanien erging es ihm aus gleichen Gründen nicht besser. Nun fuhr er mit seiner Familie, mit viel Sorgen und wenig Geld, nach der Neuen Welt. Durch Aufträge die er für jüdische und russische Blätter schrieb, in denen er seine revolutionären Gedanken entwickelte, verdiente er sich den notwendigen Unterhalt. Auch als Veranlassungsbereiter trat er unter seinen Landsleuten auf und warb für eine sozialistische Anschauung. Die Not muß schon stark gewirkt sein, sonst hätte ein Trozki sich nicht zum Finanzisten machen lassen, um ein paar Dollar zu verdienen.

Wenige Monate nach seiner Ankunft in Amerika brach die russische Revolution aus. In Begleitung einer Familie und einer Anzahl Gefinnungsgenossen fuhr er auf einem norwegischen Dampfer heimwärts und wollte über Christiania und Stockholm nach Russland gelangen. In Halifax griffen ihn die Engländer aber an Bord des Normagers und setzten ihn fest. Ein Sturm der Entrüstung brach bei den neuen Machthabern in Petersburg los, so daß die englische Regierung die Weiterreise zulassen mußte. Wieder eine Tragikomödie der Geschichte! Der Mann, dem Trozki eine Freilassung an erster Stelle verordnete, war — Kerenski. Ein halbes Jahr später mußte Kerenski vor den Bolschewisten sich über die Grenze flüchten, und mit Lenin zog Leo Dardomitsch Trozki als Diktator in den Kampf zu Moskau ein.

Deutschland.

Die Inflationsschädigungen.

Eine ernste Verwicklung droht in der Frage der Inflationsschädigungen, für die nahezu 3/4 Goldmarkillarden, also etwa 750 Millionen Goldmark bereits ausbezahlt sind. Es wird vor allem geltend gemacht, daß das Budgetrecht des Reichstages, ein Recht, auf dessen Wahrung die parlamentarische Vertretung aller Länder ganz besonders scharf wacht, verletzt sei, und man hat sich auch mit der jetzigen Erklärung der Reichsregierung nicht beruhigt. Infolgedessen wird diese Angelegenheit den Reichstag beschickten und es dürfte dabei zu sehr harten Auseinandersetzungen kommen. Ja, es ist nicht ausgeschlossen, daß aus diesen Vorgängen überhaupt eine schwere Erschütterung der Stellung der Reichsregierung sich ergibt. Besonders peinlich ist die Angelegenheit, um deswillen, weil es ältere Rechte gibt, die bis heute noch nicht abgegolten wurden. Es handelt sich insbesondere um diejenigen Verordnungen, die unter das Liquidations-Schaden-

gesetz fallen, die alles verloren haben, und deren Ansprüche man bisher immer mit dem Hinweis darauf zurückstellte, daß das Reich keine Mittel besäße. Richtig ist allerdings, daß die Opfer, die das besetzte Gebiet für das ganze deutsche Volk brachte, auch abgegolten werden müssen. Jedoch wird nachdrücklich zu prüfen sein, ob die Art der Zuwendungen und die Verteilung der Gelder an die jeweiligen Empfänger dem Grundsatz von Recht und Gerechtigkeit entsprechen. Darüber wird man aber erst urteilen können, wenn die eingehenden, in der Denkschrift der Reichsregierung angeführten Angaben vorliegen.

Ein Besuch des türkischen Botschafters in Hannover.

Hannover, 4. Febr. Der türkische Botschafter in Berlin, General Kemal Eddin Sadi Pascha, stieg gestern in Begleitung des Leiters der türkischen Handelsabteilung, Haffi Bey, des türkischen Konsuls Koopman und mehrerer Herren der Industrie- und Handelskammer Hannover der Stadt einen Besuch ab. Die Herren besichtigten die Hannoversche Waggonfabrik und dort besonders einen Teil der 40 von der Rürthe hergestellten vierachsigen Schienenwagen und interessierten sich besonders für Motorspähle und Lokomotiven. Am Vormittag besuchten die türkischen Gäste Generalfeldmarschall von Hindenburg. Von Hannover reiste der Botschafter weiter nach Hildesheim und Braunschweig.

Frankreich.

Frankreichs Anteil an der ersten deutschen Jahresleistung.

Paris, 4. Febr. Wie der „Temps“ mitteilt, ist jetzt die Verteilung der ersten deutschen Jahresleistung in Höhe von einer Milliarde Goldmark auf Grund des Pariser Finanzabkommens endgültig festgelegt worden. Frankreich sollte nach den Bestimmungen des Abkommens mit 342 138 702 Goldmark an der Jahresleistung beteiligt werden. Tatsächlich erhielt Frankreich 342 838 702 Goldmark Besatzungskosten, 110 Millionen Goldmark rückständige Besatzungskosten, 8550 Goldmark Rückzahlung der Belgien geliehenen Kriegsanleihe, ferner 16 503 253 Goldmark und 5 166 237 Goldmark Restitutions, insgesamt also 438 058 198 Goldmark. Frankreich wird also, ne der „Temps“ meldet, rund eine halbe Milliarde Goldmark von der ersten deutschen Jahresleistung erhalten.

Französische Wagnisse.

Paris, 4. Febr. Der Abgeordnete Taittinger hält im „Matin“ die Behauptung aufrecht, daß Deutschland über ein erfindendes Gas erbrechender Wirkung verfüge. Er wolle, daß die deutschen Chemiker kurz vor dem Ende des Krieges ein erfindendes Gas entdeckt hätten, das imstande sei, die Oberfläche der Erde aufzureißen.

Amerika.

Eine Entwaffnungskontferenz?

New York, 4. Febr. Das Weiße Haus hat eine Vorlage angenommen, nach der Präsident Coolidge ersucht wird, eine Entwaffnungskontferenz einzuberufen. Der Zeitpunkt bleibt dem Präsidenten überlassen.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag von der Senatskommission angenommen.

Washington, 4. Febr. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat sich einstimmig für den Handelsvertrag mit Deutschland ausgesprochen vorbehaltlich des Rechts der Vereinigten Staaten, nach Ablauf eines Jahres bei einer

Kindigungsfrist von 3 Monaten die Bestimmungen über Vorzugsrechte und Eisenbahntarife abzuändern.

Amerika beteiligt sich nicht an Sanktionen.

New York, 4. Febr. Präsident Coolidge überbrachte dem Senat die Antwort Hughes auf Johnsons Resolution, wonach dieser die Vorlegung des Leytes des Pariser Finanzabkommens verlangt. Unter Vorlegung dieses Leytes stellt Hughes fest, daß das Vorkommen Amerika nicht verpflichtet, sich an Sanktionen zu beteiligen, falls Deutschland seinen Zahlungen nicht nachkomme.

Washington und der Weltgerichtshof.

Washington, 4. Febr. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses nahm eine Entschließung an, derzufolge dem Repräsentantenhaus durch Protokoll mitgeteilt werden soll, daß der Ausschuss sich für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof ausspricht.

China.

Entmilitarisierung Shanghais.

Paris, 4. Febr. Nach einer Cabasmeldung aus Shanghai haben die Militärbesatzer von Shanghai beschlossen, die Stadt zu entmilitarisieren und die Festungsmäuer zu zerstören zu lassen. Das Befehlsgeschäft wird erledigt werden, eine Kommission der nationalen Verteidigung für Shanghai zu ernennen. Das Verbot wird der chinesischen Handelskammer morgen übergeben. Die Zurückziehung der Truppen aus Shanghai erfolgt in einigen Tagen. Es wird bestimmt damit angedeutet, daß Kung gegen die Entmilitarisierung nichts einzuwenden hat.

Chronik.

Baden.
Dierfeld, 4. Februar. (Gefallenendenkmal bei Oberkirch.) Den Angehörigen des ehemaligen 1. Unterelbassischen Infanterieregiments Nr. 132 ist es gelungen, bei Dierfeld ein geeignetes, sehr schönes Platz ausfindig zu machen, auf dem ein Denkmal zur Erinnerung an die gefallenen Angehörigen des Regiments errichtet werden wird. Der Platz befindet sich oberhalb der Schauenburg. Der Aufstellungsplatz wurde in hohem Würdiger Weise von Herrn Freiherrn Moriz von Schauenburg zur Verfügung gestellt. Mit den Arbeiten wird in diesen Tagen bereits begonnen, so daß die Einweihung voraussichtlich am 7. Juni 1925 stattfinden kann.
Goslar i. S., 4. Februar. (Feuer.) Im Innenhof der Wirtschaft des H. Schütten war am Sonntagabend Feuer ausgebrochen. Ein Teil des Gebäudes wurde zerstört. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.
Unterfrank, 3. Februar. (Aufstehen des Hühnerhabichts.) Ein in den letzten Jahren auch auf dem Schwarzwalde selten mehr gesehener Hühnerhabicht ist jetzt einigmal hier bemerkt, der Hühnerhabicht. In einer ganzen Reihe von Bauernhöfen hat er schon großen Schaden angerichtet. Der Raubvogel ist so stark, unabweisbar hat er meißelndes Grotz- und Kleinwild auf seine Opfer herabgeschossen.
Lübeck, 4. Februar. (Selbstmord.) Hier hat sich der Polizeiwachtmeister Köpfer erschossen. Die Ursache der Tat ist unbekannt.
Weinfelden, 4. Februar. (Infolge des niedrigen Wasserstandes des Rheins) unterhalb des Staumwehres des Kraftwerkes bei Weinfelden ist das ganze eigentliche Strombett trocken, da alles verfügbare Wasser durch den Kanal für das Kraftwerk gehen muß. Dadurch ist nun die ganze Weinfelderplatte des Rheinhobes aufgeschlossen. Zahlreiche Fische aus Schwarzwalddüggeln sind und praktisch erhaltene Sturmlöcher sind zu

Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Anna Maria.

1)
Und obgleich ihnen Frau Lwiffen drohte, ließen sie sich zum Ergötzen der ganzen Straße nicht einschüchtern.
„Der Herr Hauptlehrer!“ rief plötzlich Kathrine leise hervor.
Der Gesang brach sich ab, und die kopfernen Spötter schienen nicht übel Lust zu haben, in wilder Flucht ihr Heil zu suchen. Aber auch dazu war es bereits zu spät, denn Anton Wippermann, der Hauptlehrer, war schon ganz nah.
„Guten Abend, Kinder,“ sagte er freundlich, „ja, ich weiß, es ist heute Martinsabend. Aber ich denke, es wird Zeit, daß ein jedes von euch nun schon nach Hause geht,“ und als er ihre betrübten Gesichter sah, „wäre ich schon bei mir?“
„Nein, Herr Hauptlehrer.“
„Dann lauft mal links hin, singt euer Sprüchlein und sagt meiner Frau, daß ich euch geschickt habe.“
„Danke, Herr Hauptlehrer.“ Mit Jauchzen wollte die Bande davonstehen. „Salt,“ hielt seine Stimme sie zurück. „Ihr geht dann sogleich nach Hause; daß ich euch nicht mehr auf der Straße treffe!“
Allgemeines Beteuern: „Ja, Herr Hauptlehrer, guten Abend.“ Im Hui rannten sie die Straße hinab.

Mit hochroten Wangen und strahlenden Augen berichtete Geora Freiberg von ihren Geldentaten. Nina Damm hörte geduldig zu und schmit voll mütterlicher Sorgfalt dem Neffen eine Scheibe Brot über die andere ab und belegte sie mit frischer Notwurst.
Nach einer Weile schloß sie ihn schlafen, holte den großen Mädelkorb hervor, setzte die Brille auf und stopfte mit Hingebung und bemühenswürdigem Ausdauer Georgs geriffene Strümpfe.
Dabei wanderten ihre Gedanken zurück in die Vergangenheit. Sie war wieder jung, und Male, ihre Schwester, lebte noch. Beide hatten sie Johannes Freiberg geliebt, aber es war ihr sofort klar, daß der frohe, junge Burche keineswegs ihre Liebe erwidern werde, denn Nina Damm war im Vergleich zu ihrer um fünf Jahre jüngeren Schwester sehr tiefmütterlich vom Schicksal behandelt worden.
Male, gewachsen wie eine junge Garztaube, sah aus großen, blauen Augen frühlich in die Welt, während Nina, klein und unansehnlich, den rechten Fuß stark nachschleifte. Die Natur hatte als Ausgleich für die fehlende äußere Schönheit ein goldenes Herz ihr mitgegeben; aber das sieht man nicht, und so blieb Nina ein'ram und unbegehrt.
Als Georg drei Jahre alt war, starb Male am Kindbettfieber und mit ihr das kleine, drei Tage alte Mädchen. Nina hatte der Sterbenden in die Hand berisprechen müssen, den untröstlichen Johannes und den armen,

verwaisten Geora nicht zu verlassen, und so hatte sie denn seit dem Tage, da Male die Augen schloß, die fehlende Hausfrau zu ersetzen getrachtet und Johannes Freibergs Sorgen zu den ihren gemacht. Darüber waren reichlich zehn Jahre verlossen, morgen war Males Todestag. Der Kranz von Ranengrün und bunten Stroblumen, den Nina ihr geschenkt, lag in der Kellerkammer bereit.
Die altmodische Uhr mit dem blanzgeputzten Weingewächsen und dem wolummalteten Zifferblatt tat neue Schläge; die Kleinfuge drückte ihr Arbeitszeug zusammen, stellte die brennende Lampe auf den Furtisch und stieg die knarrende Treppe empor in die Schlafkammer.
*
Die Tage wurden immer kürzer, morgens lag silberweißer Reif auf Dächern und Feldern, und der Boden war so hart gefroren, daß Johannes Freiberg seine vielbeinige Schar gar nicht abzuholen brauchte. Gegen Mittag schaute die Sonne auf die weißschneidige Welt hauchte mit ihrem warmen Atem den Reif fort und verhielt sich frühzeitig, um einer noch härteren Kälte Platz zu machen. Kellerfenster wurden mit Strohhort, man bereitete sich langsam auf die Feiertage vor. Es war die Zeit, in der man abends nachholte, was die Arbeit des Sommers in Feld und Garten für die stille Zeit aufsparte. Da gab es zu fliden und zu trofken, zu nähen und zu sticken; die jungen Mädchen arbeiteten an ihrer Aussteuer und

zeigten sich bei den Sonntagsnachmittagsbesuchen voller Stolz ihre gefüllte Samstertüte. Die Frauen bestellten schadhafte Wäsche aus und strickten Strümpfe. Nach dem Abendbrot besuchte man sich, es gab immer ein Schälchen heißen Kaffee und einige Streifen Zucker- oder Schmandkuchen. Der Ofen glühte vor Hitze und ließ die der Stubenluft ungenohnten Männer, so sie nicht gerade Stet kloppten, nach einpfeln. Stillleben waren vor die niederen Fenster geschoben, und bewahrt vor Kälte und Frost, sah man still, zufrieden, wie auf einer Insel und freute sich der gemächlichen Gegenwart.
Man feierte auch Feste; da hatte die freiwillige Ortsfeuerwehr am Sonntag vor Abend ihr Tanzfränzchen, das bei der holden Weiblichkeit seine Schatten schon eine geraume Zeit heranz warf, denn die inhaltstärkere Fraue: „Was siehst du an?“ war durchaus nicht so leicht zu lösen.
Das Feuertanzfränzchen eröffnete den Reigen der Vergnügungen, im Januar erfreute der Sängerkreis die tanzlustigen Gemeinder, während der Februar mit dem Josephfränzchen den Beschluß machte, dann kam die Fastenzeit, die Spiel und Tanz ein Ende bereite, und wenn erst der Frühling über die Gatzberge grüßte, forschten Feld und Garten abietarisch ihr Recht, eine Arbeit dränge die andere, so daß man des Abends todmüde von Arbeit und Frühlingluft ins Bett sank.
(Fortsetzung folgt.)

Pianos-Harmoniums erste Weltmarken zu günstigen Preisen und Bedingungen **Pianohaus Lang** Kaiserstr. 167/1 Telefon 1073 Salamander-Schuhhaus

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 4. Febr. 1925.

Der Präsident gibt zunächst Eingänge bekannt, darunter ein Gesuch der Staatsanwaltschaft um Genehmigung der Strafverfolgung gegen den Abg. Ritter (Komm.) und eine Reihe von Anträgen aus dem Hause, von förmlichen Anfragen von Abgeordneten und von Gesuchen an den Landtag. Eine Anfrage lautet: Wie stellt sich die Regierung zur Erbauung einer festen Rheinbrücke bei Maxau? Alsdann wurden mehrere kurze Anfragen beantwortet. Auf eine solche von demokratischer Seite über elektrische Triebwagen auf badischen Eisenbahnlinien wurde von Regierungsseite geantwortet, daß die Reichsbahngesellschaft solche Triebwagen bauen lasse und daß die Reichsbahndirektion Karlsruhe bei der Hauptverwaltung in Berlin den Antrag gestellt habe, daß diese Triebwagen auch auf badischen Strecken Verwendung finden sollen. — Eine sozialdemokratische Anfrage wünschte Auskunft, ob es richtig sei, daß die Sozialbeamten und Wohlfahrtsleiterinnen sich nachträglich der Obersekretärsprüfung unterziehen müssen. Frau Oberregierungsrat Dr. Baum antwortete, daß die nachträgliche Ablegung einer solchen Prüfung nicht verlangt worden ist. — Von deutchnat. onaler Seite wurde angefragt, ob eine Prüfung der Geschäftsführung des Badenwerks erfolgt. Von Oberregierungsrat Seeger wird die Anfrage dahin beantwortet, daß Maßnahmen für die Prüfung über die Geschäftsführung des Badenwerks in Ausarbeitung seien.

In der Tagesordnung kommt zunächst zur Verhandlung das Gesuch der Staatsanwaltschaft Offenburg um Genehmigung des Landtags zur Strafverfolgung des Abg. Ritter (Komm.) wegen Nötigung und Bedrohung. Es handelt sich nicht, wie Abg. Mayer (Dnatl.) als Berichterstatter des Geschäftsausschusses ausführte, um eine politische Angelegenheit, sondern um eine unter dem Einfluß des Alkohols geschehene Affäre, die allenfalls geeignet wäre, dem Ansehen des Landtags zu schaden. Der Geschäftsausschuss beantragt einstimmig, der Landtag wolle die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilen. Abg. Ritter (Komm.): Der Vorgang sei ungeheuerlich aufgebauscht worden, weil es sich um Kommunisten handle. Redner erzählt den inkriminierten Vorgang in Offenburg; von zu großem Genuß von Alkohol könne keine Rede sein. Redner ist mit der Aufhebung der Immunität einverstanden.

Abg. Glöckner (Dem.) spricht sich aus prinzipiellen Gründen, da das Recht der Immunität ein Recht des Landtags sei, gegen die Genehmigung der Strafverfolgung aus; der Vorfall sei von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung.

Abg. Marum (Soz.) ist für die Zustimmung zur Strafverfolgung.

Abg. Wittenmann (Ztr.) ebenfalls und rügt es, daß Abg. Ritter in eigener Sache sich an der Debatte beteiligt habe. Abg. Rüger (Ztr.) erinnert an den Fall der Frau Abg. Unger, die wegen Hochverrats verurteilt war, aber die Immunität genoss; der Fall des Abg. Ritter sei relativ unbedeutend, dieser könnte also auch den Schutz der Immunität genießen. Abg. Mayer (Dnatl.) verteidigt den Antrag des Geschäftsausschusses, der schließlich mit großer Mehrheit angenommen wurde, bei fünf Enthaltungen.

Dann kommt zur Beratung der Bericht des Geschäftsausschusses über den Gesuchentwurf betr. Bürgschaften des Landes für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen.

Berichterstatter über den Gesuchentwurf ist der Abg. Schön (Dem.): Zur Linderung der Notlage der badischen Landwirtschaft soll die Regierung ermächtigt werden, für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen die selbstschuldnerische Bürgschaft des Landes bis zu einem Gesamtbetrag von 9,5 Millionen Mark zu übernehmen, und von den Zinsen, welche auf diese Kredite fällig werden, sollen 2 Prozent auf die Staatskasse übernommen werden. Die betr. Genossenschaften sind: die bad. landw. Hauptgenossenschaft in Karlsruhe, die Zentral-Bezugs- und Absatzgenossenschaft des bad. Bauernvereins in Freiburg und die Zentrale der landw. Lagerhäuser in Tauberbischofsheim. Die Bürgschaft erklärt am 1. Dezember 1925. In anderen Ländern (so Preußen, Hessen) ist der Staat selbst als Geldgeber (nicht Kreditgeber) der Landwirtschaft heilspendend. Als Sicherheit für den Staat hoffen (nach dem vorliegenden Gesuchentwurf) die Verbände mit ihrem Gesamtvermögen. Zu dem Entwurf ist vom Haushaltungsausschuss ein Verzicht gefast worden, wonach für 10 Millionen Kreditbürgschaft (statt 9,5 Mill.) vom Staat übernommen und die Bürgschaften mit einem Betrag von 8 1/2 Millionen Mark sofort und mit dem Restbetrag am 2. März 1925 in Kraft gesetzt werden. Weitere Anträge gelten dadurch als erledigt. Das Gesetz soll als dringend erklärt werden.

In der Diskussion spricht zunächst Abg. Raiber (Abg.): Zur bevorstehenden Frühjahrseinstellung braucht die Landwirtschaft Saatgut und Kunstdünger, was die Landwirte bei ihrer heutigen Lage nicht selbst aufbringen können. Die hohen Zinssätze lahm die Landwirtschaft nicht allein zahlen. Von dem Kredit fallen bei 100 000 Betrieben 100 Mill. auf einen landwirtschaftl. Betrieb, also gewiß nicht viel. Die Kreditgewährung ist für den Staat gefährlich. Auch die gestuhten Steuern werden mit dem Kredit bezahlt werden. Der Staat sollte 3 Prozent der Zinsen übernehmen, wie ein Landbundantrag will.

Abg. Rüger (Ztr.) begrüßt die Vorlage im Interesse der notleidenden Landwirtschaft. Nach Umfang und Leistung geht sie weiter als das Gesetz vom Juli 1924. Die Hilfe des Staates gilt den Landwirten, nicht den Organisationen. Die heutige Vorlage entspricht den Erfordernissen des Zentrumsantrags vom Dezember. Leider konnte der Staat nicht weiter gehen als zur Bürgschaftsübernahme. Den Genossenschaften darf man sehr wohl Vertrauen entgegenbringen. Werden am 1. Dezember 25 die Kredite zurückbezahlt werden können? Die Antwort darauf kann erst die Ernte 1925 geben; wenn die Ernte nicht besser ausfällt als 1924, dann werden wir am 1. Dezember 25 vor der gleichen Notlage stehen. Wenn wieder bessere Verhältnisse kommen, dann müssen die Genossenschaften sich wieder selbst helfen, da dann ihr Mitglieder wieder sparen und die Kassen kräftigen können. Redner gibt Anregungen für die Verwendung der Kredite und spricht sich über die im Ausschuss zu dem Gesetz gestellten Anträge aus. Der Antrag des Landbundes (drei Prozent) muß als der beim Landbund übliche Heberpannungsantrag bezeichnet werden; wir haben keine Sicherheit, daß die Zinsübernahme durch den Staat bei dieser Erhöhung auch wirklich den Landwirten zugute käme und nicht nur den Organisationen. Die Vorlage über Kreditgenossenschaften für Handel und Gewerbe hätte mit dieser Vorlage verbunden werden sollen. Redner erklärt die Zustimmung des Zentrums zur Resolution Gerfurth.

Abg. Gähler (Komm.) empfiehlt einen im Haushaltsausschuss gestellten und jetzt wieder eingebrachten Antrag, damit wirklich die kleinen Landwirte die Kredithilfe bekommen und nicht die großen.

Abg. Rüdert (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage; die Landwirtschaft brauche die Hilfe. Die Anerkennung des Wirkens der Genossenschaften durch die Vorrede unterstreicht Redner. Auf dem Lande sollte aber auch mehr Verständnis für die Genossenschaften der Arbeiter befunden werden. Der Regierung kann man es aber nicht verargen, wenn sie darauf hinweist, daß die Genossenschaften bestrebt sein müssen, von der Staatshilfe loszukommen. Bedauerlich wäre, wenn es wahr wäre, was Abg. Gähler sagte, daß bei der letzten Kreditaktion die kleinen Bauern nichts bekommen hätten; es muß klipp und klar bewiesen werden, daß alle Kreise der Landwirtschaft, besonders die kleinen, an den Krediten teilnehmen.

Abg. Schill (Ztr.) bringt Zahlen vor über die Kreditgesuche bei der Bad. Bauernbank in Freiburg. Die Bauernbank hat etwa 14 000 Darlehen bewilligt im Betrage von etwa 7 Mill. M. (im einzelnen bis zu 20 M. herunter). Diese Zahlen zeigen die Not der Landwirtschaft. Die Kreditaktion wird einen besseren, intensiven Betrieb der Landwirtschaft fördern. „Wie die Saat, so die Ernte“. Redner bittet dringend um Annahme der Vorlage.

Abg. Schön (Dem.): Daß nur die großen Landwirte den Kredit bekommen haben, ist ein Bauman! Die Zahlen des Abg. Schill sind auch der Landwirtschaftsbank zu bezeichnen und beweisen, daß auch die kleinen Landwirte vom Kredit Gebrauch machen konnten. Was der Staat bewilligt, ist etwa ein Drittel dessen, was durch die Genossenschaften an die badischen Landwirte an Kredit geht. Redner äußert sich zu der Resolution Gerfurth ablehnend und erklärt, daß bei den Landwirten eine Heberorganisation vorliege.

Abg. Dr. Gerfurth (Ztr.) begründet die von ihm eingebrachte Resolution, die den nicht in dem vorliegenden Gesetz bedachten Organisationen vertretenen Landwirte ebenfalls die Vorteile der Staatsbürgschaft genießen lassen will; es sind das 22 000 in den Kreditgenossenschaften organisierte Landwirte, die ausschließlich Landwirtschaft treiben. Es kann nicht die Meinung des Landtags sein, diesen Leuten die Vorteile der Kreditaktion nicht zukommen zu lassen. Die Resolution lautet:

Kreditgewährung an die badische Landwirtschaft.

Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen:

Im Hinblick darauf, daß mehr als 22 250 Landwirte, welche den auf Schulze-Delitzscher Grundlage aufgebauten Kreditgenossenschaften angehören und in der badischen Landesgenossenschaft A. G. Karlsruhe organisiert sind, von den auf Grund der Staatsbürgschaften an landwirtschaftliche Organisationen zu gewährenden Darlehen ausgeschlossen sind, ersucht der Badische Landtag die Regierung, bei der Bürgschaftsvorlage für das Gewerbe diese genannte Organisation mit einem verhältnismäßigen Betrage zu den gleichen Bedingungen zu berücksichtigen.

Karlsruhe, den 4. Februar 1925.
Dr. Gerfurth. Abt. Amann. Dr. Baumgärtner. Duffner. Engelhardt. Fischer. Unterlauginger. Fischer-Freiburg. Friedel. Goerlacher. Lang. Martin. Sad. Schill. Seubert. Wiedemann. Wilfer. Wittenmann. Ziegelmayer-Oberkirch. Ziegelmeyer-Langenbrüden.

Abg. Dr. Mattes (Ztr. Sp.): Daß die Kreditvorlage für die Landwirtschaft vorweg genommen wurde, entspricht der Meinung der Mehrheit. Es ist die Frage, ob die Landwirtschaft größeren Vorteil von neuen Krediten oder von einer Verbilligung des Zinsfußes hat. Der Gang des Kreditgeschäftes und die Lage des Kreditmarktes bringt für die Landwirtschaft die Gefahr der Verschuldung. Redner ist auch für den Antrag des Landbundes. Der Resolution Dr. Gerfurth gegenüber wird er sich der Stimme enthalten.

Ministerialdirektor Leers äußert sich kurz zur Resolution Dr. Gerfurth, deren Annahme für die Regierung keine Bindung bedeuten könne. Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Gähler (Komm.) polemisiert Abg. Dr. Gerfurth kurz gegen Dr. Mattes.

In der Abstimmung wird der Antrag der kommunizierenden Abgeordneten gegen 2 Stimmen abgelehnt. Der Antrag (3 Prozent) statt 2 Prozent Zinsbürgschaft des Staates) des Landbundes wird mit allen gegen 2 Enthaltungen angenommen, der Antrag des Ausschusses (statt 6 Millionen 6 1/2 Mill.) ebenso.

Karlsruhe

den 5. Februar 1925.

Weißer Woche.

Wer die Entwicklung unserer Stadt in den letzten Jahren beobachtet hat, kann feststellen, daß sich das Leben in den Mauern unserer Stadt wieder langsam den Vorkriegsverhältnissen anzugleichen beginnt, oder daß wir bereits die Vorkriegsverhältnisse erreicht haben. Das dürfte schon so sein. Die Weiße Woche, die im Augenblick sich abwickelt, gibt der Stadt das Gepräge einer frisch pulsierenden Geschäftsstadt. „Weiße Woche“ ist heute das Schlagwort, das Tausende und Abertausende von schaffenden Hausfrauen in die großen und kleinen Kaufhäuser treibt, um allort den von ihnen so beliebten „schimmernden Wein“ zu kaufen. Ja man sagt, die Kaufkraft, die in den letzten Tagen bei den Frauen zu beobachten war, sei ansteigend und wer die Scharen von Käufern in die Hallen von Lief und Knopf ziehen sah, wunderte sich nicht darüber. Es ist sicherlich nicht die schlechteste Eigenschaft einer Frau, wenn sie ihren Bestand an Wäsche zu vergrößern sucht und ihre Wäsche ihr Abgott und ihr Liebling ist, nein, im Gegenteil, man war geneigt, die Quantität und die Qualität ihrer Wäsche als Gradmesser ihrer Häuslichkeit zu betrachten. Es war kein Kleinerer als Schiller selber, der diese Häuslichkeit der Frau in seinem bekannten „Lied von der Glocke“ gerühmt hatte. Es wäre nur zu wünschen, daß alle Frauen sich diese Art von Häuslichkeit zu eigen machen möchten.

Es wurde oben gesagt, daß die „Weiße Woche“ dem Stadtbild ihr Gepräge gibt. Nicht nur die Masse der Käufer, sondern auch die Anstrengungen der einzelnen Kaufhäuser sorgen dafür. Vor allem sind hier zu erwähnen die Gollathe der hiesigen Kaufhäuser: Tieg und Knopf. Es fällt dem Schreiber dieses schwer, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob der außen und innen heimlich anmutenden Dekoration bei Tieg oder der streng nüchtern gehaltenen Dekoration bei Knopf das Wort geredet werden müsse. Der geneigte Leser dieser Zeilen möge selbst nachsehen, um sich ein Urteil darüber bilden zu können. In der Kaiserstraße gibt es noch eine Reihe von Geschäftshäusern, die miteinander in der Ausstattung der Schaufenster und der Innenräume wetteifern: Schmoller, Boländer, Baer, Leipheimer und Wende, Burckard, Mees und Löwe und noch viele andere mehr. „Wer kennt die Namen“ all der Firmen, die hier mit kostspieligen Mitteln nicht gezögert, die der Stadt das belebte Bild gibt. Es ist zu begrüßen, daß die Karlsruher Kaufhäuser die düsteren Erscheinungen der Kriegs- und Inflationszeit so rasch abschütteln konnten, und das Geschäftsleben unserer Stadt — wie die „Weiße Woche“ zu beweisen scheint — gegen allzu große Erschütterungen als gefestigt angeprochen werden darf.

Reichskanzler Luther wird auf seiner Reise, die ihn nach West- und Süddeutschland führt, auch Karlsruhe einen Besuch abstatten. Der

Der ganze Gesuchentwurf wird bei 2 Enthaltungen von allen Abgeordneten angenommen in erster und zweiter Lesung und wird für dringend erklärt. Der Antrag des Ausschusses, andere Anträge als erledigt anzusehen, findet gegen 2 Stimmen Annahme.

Der Antrag Dr. Gerfurth (Ztr.) auf eine Entschädigung (s. oben) wird mit 80 gegen 4 Stimmen, bei 19 Enthaltungen (Soz.-Dem.) angenommen. Abg. Marum (Soz.) findet den Gedanken der Entschädigung Dr. Gerfurth sympathisch, möchte aber wissen, wer die Aktionäre der Landesgenossenschaft sind; Abg. Dr. Gerfurth erwidert, daß die Bank den Interessen des Gewerbes diene.

Die Abhör des Rechnungshofes (Berichterstatter Abg. Freidhoff) wird einstimmig genehmigt.

Es kommt zur Beratung des Haushaltungsausschusses über den Antrag des Abg. Gebhard (Ztr.) Hagelberghaus betr. Berichterstatter Abg. Reichhaupt (Ztr.). Der Antrag des Ausschusses geht dahin, in den Nachtrag zum Staatsvoranschlag zwecks Auffüllung des Hagelberghausfonds den Betrag von 130 000 M einzustellen und an der Nachschubprämie für 1925 20 Proz. aus Staatsmitteln zu decken und den Antrag Gebhard, der 800 000 M zur Förderung und Verbilligung der Hagelberghausversicherung in Baden bereitzustellen, damit für erledigt zu erklären. — Die Hagelberghausversicherung ist in Baden sehr zurückgegangen, da sie infolge der Inflation für die Landwirte zu teuer wurde. Der Berichterstatter schildert die Lage der Hagelberghausversicherung in Baden; er hat im Ausschuss einen Antrag auf einen Beitrag von 700 000 M an den Hagelberghausfonds gestellt; der Antrag ging aber der Regierung zu weit und es fand schließlich ein Zentrumsantrag auf 130 000 M und staatliche Deckung von 20 Prozent der Nachschubprämie Annahme.

Ohne Diskussion wurde der Antrag des Haushaltungsausschusses einstimmig angenommen. Fortsetzung morgen 1/2 Uhr.

Reichskanzler wird am 12. Februar hier eintreffen.

Geburtsstag. Am 1. Februar konnte der geschäftsführende Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer Oekonomierat Dr. Karl Müller-Karlsruhe, sein 60. Lebensjahr vollenden. Dem bewundernswerten Organisationsstalent und der reichen Geschäftserfahrung ihres Direktors verband die Landwirtschaftskammer die rühmliche Erwähnung. Welches Ansehen und welches Vertrauen der Jubilar auch außerhalb der badischen Grenzgebiete genießt, beweist der Umstand, daß er anlässlich des 28. Deutschen Weinbaukongresses im August 1920 einstimmig zum ersten Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes gewählt wurde. Außerdem ist er in zahlreichen Ausschüssen und Kommissionen, teils als Vorsitzender, teils als Mitglied oder Sachverständiger tätig.

Über eine merkwürdige Tierfreundschaft zwischen Katze und Eichhörnchen weiß ein Mitarbeiter der in Cöthen-Anhalt erscheinenden Jagdwochenzeitung „St. Hubertus“ zu erzählen. Er berichtet darüber: Ich besitze ein vollkommen fingerzahniges Eichhörnchen (heutiger Jahreszeit), das sich frei und nach Belieben im Zimmer oder Garten bewegt, auf die Bäume klettert, aber bei der Annäherung eines Menschen sofort herunterkommt, vertraut auf die Schulter springt und ein Stückchen Brot aus der Hand nimmt. Nun habe ich aber auch einen zweijährigen sehr schönen, großen Gauskatze, der sehr scharf auf Mäusen und Mäuse und die vielen Wilsche ist und sogar 2 Wiesel mürzte. Ich fürchtete, daß er sich einmal an dem kleinen Hausfreund vergreifen könnte und gab ihm, so oft er ihm verdächtige Aufmerksamkeit zeigte, einen Klaps. Und heute — o Wunder — spielt der Kater mit dem Eichhörnchen, jagt es durch den Garten, nimmt es zwischen die Pfoten, ohne ihm jedoch das geringste zuleide zu tun. Das Eichhörnchen wieder springt ihm spielend auf den Rücken, trinkt aus seinem Milchnapf und zeigt nicht die geringste Scheu. Dies ist eine der merkwürdigsten Tierfreundschaften, die mir bisher untergekommen sind. Derselbe Kater zeigte eine direkt rührende Liebe für meine auf tragische Weise ums Leben gekommene Bräutigamshündin „Schlwa“, die in ein Eisen geraten, den Hinterlauf brach und von mir erschossen werden mußte.

Kolosseum. Das neue Programm, das bis zum 15. Februar gespielt wird, bietet wieder viel wirklich Lebenswertes. Es trägt in der Hauptache einen ausgeprochen artistischen Charakter. Zwei jugendliche Springer und Portier-Akrobaten eröffnen das Programm mit äußerst gewandtem Spiel. Im Rhythmus des Tanzes zeigen dann Jongleure und Akrobaten ihre nicht geringe Kunst. In dem akrobatischen Tanz-Derzett brilliert namentlich eine Dame durch ihre schön ausgeführten Kraftleistungen. Sehr ansprechend und von poetischem Stimmungsgelalt ist das netzliche „Operettenpiel“ zwischen dem Postillon und seiner Braut, zu dessen Erfolg auch die tüchtige Hauskapelle un-



II.
Du liever Gott, Frau Eisele,
hat dich e Wendung g'nomme.
Nestt henn-se so viel Hoffnung g'habt,
Un s'ich ganz anderst kommelt
So awer ich die Jugend heut,
Ich kann dich net verstehe,
Un Unbant ich der Lohn, wir mir's
In dem Fall widder sehe!
Berzähle-se, wie's komme ich,
Ich kann ja nig dran änd're.

S'ich arg, wann eim sei' Hoffnungschiff
Im Hafe noch duht kent're!
Wie war's nur möglich, daß der Kerl
Net bei der Siang ich bitewe,
Un n'ein're Sina sich erklärt
Statt's ihre Hulda z' siewe?

Ah Gott, Frau Eisele, s'ich arg,
Er hat noch mit uns gesse,
Mei Hulda ich hernach zu ihm
Allein auf's Sofa g'sesse.
Ich bin verschwunde, wie die in
Der Harmonie net z' störe,
Dem: ich hab sicher g'meini, er dächt
Ihr d' Bieme jekt erkläre.

Ich hab e bisle g'horcht un' dentt
„Aha, jekt hat's-en g'riffe“.
Denn ich hab deutlich auß'e g'hört,
Wie die sich inne küsse.
Dann ich ihr Sina komme un'
Gleich hat's Matheur ang'fange,
Sie ich, wie ausg'macht mit zum Tieg

In d' Weiße Woche gange,
Mich hat's gleich g'wurmt, er hat fastet nur
Mit ihrer Sina g'proche.
Auf e'mal hat mei Mutterherz
Den faule Lunte g'roche!
Deß also, war der Dank, bei uns
Da hat'er satt sich gesse,
Un statt's in d' Hulda ich — er dann
Berliebt in ihre g'weje!

Frau Beisele, wer hätt bedenk't
Daß dich so schlimm duht ende,
Was's Schicksal halt zusammenfügt,
Rann auch der Tieg net wende.
Doch Mut, ich weiß-enn Ausweg noch,
Mir kenne en Professor
Der ledich ich un' gut betucht,
Er ich — en starker Esser,
Den treffe-se bei uns un' duhn
Dann gleich Bekannthschaft mache.
Mir bringe d' Sprach auf's Kaufhaus Tieg
Un seine bill'che Sade.

Er will ja in der Weiße Woch
Sich Beiwesigung erstehe,
Sie stelle sich um zwei Uhr ein,
Mir werre's dann schon drehel!
Am Beschte ich's, mir duhn — en jerscht
Ins Restaurant einlade,
Beim Kaffee kann ihr Hulda dann
Verschiedenes ihm rate.

Ds hemb' sin, oder Unterwasch,
Sie derf net prüd sich zeige,
Bei Unterhose kann-se ja
Als sanft erötend schweige.
Des macht bei Männer stets Effekt,
Wie in der Kirch drin 's Bete,
s'ich stets von Unschuld en Beweis
Wenn ein's noch duht errote!
Gut, ich provier's, Frau Eisele
Vielleicht duht's desmal g'linge!
Nur Mut, Frau Beisele, der Tieg
Duht alles fertich bringe!

Der Herr Schötes Zeitung wesentlich beiträgt. In Aufmachung und Ausführung gleich glänzend ist der atonatische Jahrbuchakt von fünf Damen, die wahrhaft Staunenswerthes leisten und großen Beifall ernten. Am liebsten hochtendend ist auch der elegante Rollschuh-Tanzakt der drei „Blitz“.

Veranstaltungen.

Geographische Gesellschaft Karlsruhe. Am Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, wird im großen Saal der Handelstammer Herr Professor Dr. K. L. Gieseler über eine Studienreise berichten, die ihn vom Herbst 1923 bis Juli 1924 nach Nordpatagonien und in die Karibikern führte, sowie vom Süden Chiles bis in die Wüste Atacama im Norden.

Die Redigens-Bühnenspiele bringen ab Freitag den 6. die Cooganfilm „Olivier Twist“ zur Vorführung. Siehe Inserat.

Geschäftliches.

Auch in der Südstadt steht die Witze Rohe im Mittelpunkt der Geschäftswelt. Beispielsweise geben die Dekorationen des Kaufhauses J. Schaefer, was guten Geschmack und gute Idee angeht, denen im Stadtkern nichts nach. Ein Hauptanziehungspunkt für jung und alt bildet ein riesiger Bild, der ganz aus Landschaften hergestellt, die Wohnung von Wirtschaftsmännern ist.

Karlsruher Standesbuchanzeigen.

Todesfälle. 2. Febr.: Otto Ebbecke, Chemiker, 76 Jahre alt, Buchhändlermeister; Maria Vogt, 48 Jahre alt, Ehefrau von Rudolf Vogt, Kleidermachermeister.

Standesstatistik für den Monat Januar. Geburten 211 (Vormonat 227), Beschleissungen 77 (Vormonat 96), Sterbefälle 160 (Vormonat 187).

Handel u. Volkswirtschaft.

Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen.

Berlin, 4. Februar. Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Im Aufwertungsausschuss des Reichstages ist von fachkundiger Seite statistisches Material über die noch im Umlauf befindlichen öffentlichen Anleihen vorgelegt worden, das von den amtlichen, vom Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Zahlen wesentlich abweicht.

Die Preussische Staatsbank gegen alarmierende Gerüchte.

Berlin, 4. Febr. Dem amtlichen Preussischen Pressedienst wird von der Direktion der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) mitgeteilt: Eine Berliner Zeitung verbreitet in alarmierender Form die Mitteilung, dass die Seehandlung aus einer Kreditabgabe an die Deutsche Verkehrsbank A.-G. nicht unerhebliche Verluste erleiden würde.

Börsenbericht.

Berlin, 4. Febr. Die Berichte der preussischen Handelskammern, die eine verhältnismäßig günstige deutsche Wirtschaftslage widerspiegeln, lösten an der heutigen Börse eine Aufwärtsbewegung aus. Besonders am Montanaktienmarkt zogen die Kurse an, da in den Handelskammerberichten die Lage der eisenerzeugenden und Kohlenindustrie als verhältnismäßig günstig betrachtet wird.

Bochumer und Deutsch-Lux. Harpener setzten zirka 3,25 Prozent höher ein, während Gelsenkirchen leicht abgeschwächt waren. Auch Elektrowerte konnten sich durchweg bessern. Im Vordergrund des Interesses standen Felten, während die Stinneswerte kaum verändert waren. Sehr lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Kaliaktien, angeregt durch die Ausführungen auf der gestrigen Hauptversammlung des Salzdetfurt-Konzerns, in denen die Lage der Kaliindustrie, insbesondere des Konzerns selbst, als eine sehr günstige geschildert wurde.

Berlin, 4. Febr.

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns for City, Gold, Brief, Geld, Brief. Includes entries for Amsterdam, Buenos Aires, Brüssel, Oslo, Kopenhagen, Stockholm, Helsinki, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Spanien, Lissabon, Japan, Rio de Jan., Wien, Prag, Jugoslawien, Budapest, Sofia, Danzig.

Pforzheimer Marktbericht. Auf dem Schlachtviehmarkt bezahlte man für 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen I 46-48, Rinder I 48-52, Ochsen und Rinder II 38-42, Kühe 35-42, Färren 40-48, Schweine 70-74.

Vom süddeutschen Tabakmarkt. In der letzten Woche fanden in der Rheinpfalz grössere Posten Tabak zu den bisherigen Preisen Aufnahme. Am Markt waren auch einige grössere badische oberländer Zigarrenfabrikanten als Käufer zu beobachten.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Adolf Kappes in Bruchsal ist eröffnet worden. Anmeldefrist: 18. Februar, Prüfungstermin: 27. Februar beim Amtsgericht Bruchsal.

Wetternachrichtendienst d. bad. Landesmeterwart.

Wetterbericht vom Mittwoch. Durch den Zufluss wärmerer westlicher Luftmassen, die gestern über dem Kanal lagen, sind die Morgentemperaturen auch in Baden um 2 bis 3 Grad gegen gestern gestiegen. Die Regen auch im höchsten Schwärzgebirge nur noch bei Sulz Grad. Nur die Lagen über 800 Meter Höhe hatten leichten Nachtfrost. Frost im ganzen Lande namentlich im Norden, fiel gestern und besonders heute nach Regen; auf dem Feldberg trübte sich Schnee.

AUXOLIN Schuppenbildungen und den damit verbundenen Haarausfall behandelt. man am zweckmässigsten mit Auxolin-Schuppen-Pomade. Preis Mk. 1.25 und Mk. 2.- die Dose.

MAGGI Würze hilft in der Küche sparen. Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zuzug einiger Tropfen Maggi's Würze.

Während der Weissen Woche bieten wir unserer verehrlichen Kundschaft Gelegenheit, ihren Bedarf in Gardinen, Stores, Bettdecken, Rouleaux-Stoffen, Vorhangstoffen, Möbel- und Dekorations-Stoffen, Teppichen, Bettvorlagen, Läufern zu besonders günstigen Preisen zu decken. Dreyfuß & Siegel G. m. b. H. Kaisersstraße 197

Ab Freitag Jackie Coogan Resi Oliver Twist Resi. nach dem berühmten Roman von Charles Dickens. Eine Reise nach Stockholm. Entzückender Reisedokumentarfilm. Jugendliche zugelassen.

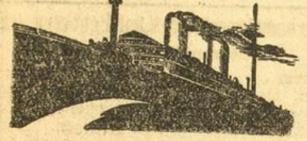
Festhalle Karlsruhe. Sonntag, den 8. Februar 1925, abends 7 Uhr Großer Maskenball. Ausstattung der schönsten und originellsten Kostüme. 5 Damenpreise, 5 Herrenpreise. Ballmusik: Harmonie-Orchester. Leitung: Hugo Waldp.

Zu verkaufen gutes Edwarzwald-Heu. Acker oder Wiese frei verladen ab Station a 3.80-4.- Markt. W. Auf, Schwandbad, Brettagabu, Bad. Schwarzwaldb.

Architekt Josef Held, Baugeschäft. Karlsruhe, Südendstrasse 24, Telefon 560. empfiehlt sich in Ausführung von Neu- u. Umbauten in Maurer-, Beton-, Eisenbetonarbeiten, Kanalisationen - Entwässerungen - Reparaturen. Zimmerarbeiten, Treppenbau, Holzhandlung, Baumaterialienhandlung. Herstellung fugenloser Fussböden (Sanitas) - Wasserdichter Putz - Vertilgung von Hausschwamm.

Bad. Lichtspiele für Schule und Volksbildung Konzerthaus

Erstaufführung
Samstag, den 7. Februar 1925
nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Sonntag, den 8. Februar
nachmittags 4 Uhr
Montag, den 9. Februar
Dienstag, den 10. Februar
abends 8 Uhr



COLUMBUS

Der Film vom Bau und Betrieb des neuesten des neuesten deutschen Riesendampfers des Nord. Lloyd Bremen. Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Vortrag:
Korvettenkapitän Roedenbeck.
Vorverkauf:
Musikhaus Müller, Kaiserstrasse.
Preise: 1,70, 1,50, 1.—, 0,60 Mark.
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise 59

Töchter-Institut St. Klara Rottenburg a. N.

Das neue Semester beginnt Ende April. Den Töchtern ist Gelegenheit geboten, sich in allen Elementarfächern, Buchführung, Maschinenschreiben, Zeichnen, Malen, Musik, wie in den Handarbeiten gründlich auszubilden. Prospekte stehen zur Verfügung. Anmeldungen neu eintretender Töchter werden gerichtet werden an

die Oberin.

Geographische Gesellschaft Karlsruhe.

Am Freitag, den 6. Februar, abds. 8 Uhr, spricht im grossen Saal der Handelskammer (Prinz Max-Palais) Professor Dr. Kluge-Glessen über seine Beobachtungen u. Ergebnisse auf einer Reise in Argentinien u. Chile (1923/24). Mit Lichtbildern. 310 Gäste sind willkommen.

Pfannkuch

Eingetroffen direkt von der See: Frische Vollkorn-Süss-298

Büchlinge

45 Pfa. 5 Pfd.-Stücken 215

Lachs-Seringe

40 Pfa.

Pfannkuch

Kath. Militärverein St. Stephan.

Todes-Anzeige.

Unter liebes Mitglied, Frau Berta Vogt geb. Weber ist im Herrn entschlafen. Die Seele der Verstorbenen wird dem Gebete unserer Mitglieder empfohlen. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 5. Febr., nachm. 2 Uhr statt. Karlsruhe, 4. 2. 1925 Der Vorstand

Stütze

einfach, tüchtig, kath., die schon in Stellung war und etwas näher kann, für kleinen Haushalt auf sofort gesucht. Gute Bezahlung und Fam.-Anschl. bei Frau Elise Köhler, Porzheim, Grünstraße 9.

Lehrstelle

Suche für meine 16jährige Tochter bei tüchtiger Kleidermacherin. Dieselbe hat 1/2 Jahre die Frauenarbeitschule besucht. Angeb. unt. Nr. 290 an die Geschäftsstelle Adlerstraße 42.

Gute Qualitäten nie so billig! Weiße Woche

Seit über 30 Jahren ist mein Prinzip: gute Waren billig zu verkaufen. Sie dürfen das Vertrauen haben, zu Ihrem Besten bedient zu werden. Zur Weißen Woche habe ich fast alle Waren bedeutend reduziert. Meine 10 Schaufenster beweisen besser als viele Worte meine Leistungsfähigkeit

**Kaufhaus
J. Schneyer**
Werderplatz Filiale Mühlburg

Nur bis Montag, den 9. Februar 1925

Statt Karten.

Für alle Zeichen treuer Freundschaft und Verehrung, die unserer lieben Entschlafenen entgegengebracht wurden und für die uns erwiesene Anteilnahme sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 4. Februar 1925. 304

Für die trauernden Hinterbliebenen:
Adolf Dobler.

Danksagung.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen sage ich auf diesem Wege allen herzlichsten Dank, welche unserer lieben Mutter

Eva Margareta Nagel
geb. Förster

die letzte Ehre beim Begräbnis gegeben und ihrer gedacht haben. Besonderen Dank der hochw. Geistlichkeit, den ehrw. Schwestern des Berner Ordenshauses für die liebevollen Besuche, dem Ruhezischen Doppelquartett für den ergreifenden Trauergesang und allen denen die ihr Gutes getan haben. 282

Friedrich Nagel Kriegstrasse 206.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 5. Febr. 7-10 U. (6.-) C 16. Th.-G. 501-800.
Mignon.

Palast-Lichtspiele

Herrenstrasse 11. Telefon 2502

QUO VADIS?

MIT EMIL JANNINGS

REGIE v. MANUSKRIFT: GEORG JAKOBY u. GABRIELINO D'ANNUNZIO

in 10 spannenden Akten.
Die seit Monaten erwartete grösste Filmschöpfung der Welt!! 308
erscheint ab Freitag, den 6. Februar.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben Mutter

Rosa Lang
geb. Koch

sprechen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank aus. 91

Im Namen der Hinterbliebenen:
Josef Lang.

Reichenbachstr. Karlsruhe den 4. Februar 1925.

Neues Angebot in Käse!

(auch an Privat)

Käse 1a Pfd. 1.—
— 88
Käse zu 60 Pfd. und 120 Pfd.
Simburger (geschm. Anmachung) sehr preisw. Pfd. 85 Pfd. 88
in Postpaketen zu 9 Pfd. per Nachnahme, bei El. Müller, B.-Baden, Sternstr. 1 (89)

Ruhige, saub. Frau, evgl. 45 J., in Küche u. Haushalt selbständig, sucht Stellung als **Haushälterin**

Es wird auf gute Stelle in H. Haushalt gleichwo reflektiert. Gef. Angebote unt. Nr. 3507 an die Geschäftsstelle, Adlerstraße 42, erb.

Für Kirchenchöre und Volksgefäng

empfehlen wir aus unserem Musikalien-Verlag:

Behringer, op. 3, Der weiße Sonntag. Text von Corbula Wöhler. Singstimme mit Begleitung	M. —15
Berner, Klagelieder für die Abenddächchen in der Karwoche. Für die Solisten bestimmt (mit Noten) Partitur	M. —25
Stimme	M. —10
Orgel- oder Harmonienbegleitung hierzu (op. 30)	M. —50
Veni creator spiritus. Für drei- oder vierstimmigen Knaben- oder Frauenchor. Partitur zugleich Singstimme	M. —10
op. 34. Terzarenorden. 12 Lieder für vierstimmigen gemischten Männer- oder Frauenchor. Partitur	M. —80
Stimme	M. —30
Frey C., Busspsalm „Miserere“ (Erbarme meiner Dich, o Gott), Pf. 50, für Volksgefäng mit vierstimmigen gemischten Männer- oder Frauenchor. Partitur	M. —25
Singstimme	M. —10
Wagner, op. 48, Missa „D' Engel rein“. Sehr leichte und kurze Messe für Sopran, Alt (Tenor) und Bass bezw. ein- oder zweistimmigen Schülerchor mit Orgel oder Harmoniumbegleitung. Partitur	M. 2.—
Singstimme	M. —30
op. 45, Osterfest für gemischten Chor. Partitur	M. 1.—
Stimme	M. —20
Weigel, op. 5, Trauertänge. Sammlung von zehn Grabliedern für ein-, zwei-, drei- und vierstimmigen Frauenchor mit Orgel Partitur	M. 1.—
Stimme	M. —15
Ziegler, Anth. Kirchenlieder nebstRESPONSIORIEN zum Gebrauche beim Gottesdienste. Für gemischten Chor bezw. drei- und zweistimmigen Kinder- oder Frauenchor. Bezugspreis:	
1 bis 10 Stück je	M. —60
11 bis 50 Stück je	M. —55
51 bis 100 Stück je	M. —50
Leicht ausführbare Orgel- bezw. Harmoniumbegleitung dazu	M. —75

Badenia A. G. für Verlag u. Druckerei **Karlsruhe**

Nächste Wochenziehung!

45 000 150 000

Konstanzer Hochhäuser Lose 3 M., 10 St. 29 M., Zieh. 27. 2.
Deutschem Lose 3 M., 10 St. 29 M., Zieh. 12. 2.
Lotto und Liste je 30 Pfg. 55
Lautriert sofort. Gewinnzahlung
Preis M. 1, 11 u. M. 10, Porto 20 Pfg. bei
J. Stürmer Lotterie-Unternehmer
Mannheim O 7, 11
und allen Losverkaufsstellen

Während der Weissen Woche Wintermäntel

für Damen, Mädchen und Kinder bis zur Hälfte der bisherigen Preise

Frühjahrsmäntel von Mk. 10,00 an
Kleider v. Mk. 5,00, Sportblusen v. Mk. 2,50 an
Chenillekostüme m. Treppengarn v. 2,50 an
Röcke Mk. 2,10 an, Windjacken Mk. 12,00 an
Gummimäntel für Damen u. Herren
gute Gummierung von Mk. 22,00 an
Flotte Seidenkotyleder von Mk. 8,50 an
Jumper, Blusen, Unterröcke, Reformhosen,
Damenwesten, Schürzen, Strickjacken, Wollwesten Regenschirme usw.
weit unter Preis

**Daniels
Konfektionshaus**
Wilhelmstrasse 36, 1 Treppe
Keine Ladenspesen Keine Personalspesen

Verbessern Sie Ihre Lebensführung!

WIR WEISEN JHNEN DEN WEG!

Süddeutsches Lebensmittel-Verfahrensbüro
(Fleisch- und Wurstwaren, Fleischkonserven, Käse, Honig, Fischkonserven) sucht arbeitsfreudige Herren als **Platzvertreter**

zwecks direkter Bearbeitung und Vertiefung der Verbraucher- / Güter Umfassung und Provision, erstklassige Qualitätswaren, direkter Palets- und Bahnverfracht franco Bestimmungsort, / kein Kapital, nur selbstbewußte Arbeit erforderlich, / Angebote unter Nr. 87 befördert die Geschäftsstelle.

Colosseum

Täglich 8 Uhr das vollständig neue **VARIETE-PROGRAMM.**

Schlafzimmer - Bilder

Reiswert. Bilder für alle Räume. Einraumungen. Schläfers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38

Verstärkte Maskenkostüme

Damen zu verleihen.
Durlacher Allee 13, II.
Telefon 2464.

Konserverisch gebildete Dame erteilt **Klavierunterricht**
Röhrens W 0 1 I,
Kaiserallee 113.

Pfannkuch

Eingetroffen direkt von der See: 300 Frische

Seefische

ohne Kopf im ganzen Fisch Pfd. 40 Pfa. im Aufschnitt Pfd. 43 Pfa.

Freisch gewässeter **Stodfisch** Pfd. 28 Pfa.

Stodfisch Pfd. 28 Pfa.

Pfannkuch

Die in ein vom Frau Landtag gestellt Notwen Herprüf die am finden ncp, d Landessh in Fra weite n gebnis f teien ist daß er n eines K glaubte. lin wied me h r schaft sich ject trums h den Min zur Wal Persönlich den bef Gründen Ueber di

Die S mit dem über die gefest un dieses A Die Staa genheit a gung geje aus'chub denken d antwaltsch werden. bezieht sic Breußen Die Staa gegen ein färe Bar den frühe den Abge erbobenen walfschaft Behandlung zeit auf's e Es ist f tagsausfich walfschaft borläu leicht wird bis zu e tagen. Breußische Vernehmunt fortsetzen neunt den Dann wir zur Prüfü durch die

Die V Berlin, der Bern Abg. Dr. führungen druck, als den Hals deshalb, f feld zu h stehe, Bar Berlin du dent der A Ende Mai schleunige worden t erft im A was er da Finanzrat der Seeha überastoll